

4. NRW-Nachhaltigkeitstagung Nachhaltigkeitsstrategie NRW – gemeinsam auf der Zielgeraden

28. Oktober 2015 im Landtag NRW, Düsseldorf

heute handeln.

Gemeinsam für
nachhaltige Entwicklung in NRW.

#nachhaltigesNRW
www.nachhaltigkeit.nrw.de
www.nrw-nachhaltigkeitstagung.de

Inhalt

Vorwort Minister Johannes Remmel	3
4. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zusammenfassung	4
Begrüßung Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags NRW, und Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW	6
Was folgt aus den neuen internationalen Nachhaltigkeitszielen für Nordrhein-Westfalen? Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes NRW	8
Präsentation von Ergebnissen der Jugendprojekte zur Nachhaltigkeit in NRW Sarah Primus, Vorsitzende des Landesjugendrings NRW	11
Podiumsdiskussion Was folgt aus den neuen internationalen Nachhaltigkeitszielen für Deutschland, Europa und die deutschen Länder?	13
Perspektive NRW 2030 – Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	17
Die Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion Kurze Statements aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Diskussion mit Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, und Viktor Haase, Abteilungsleiter nachhaltige Entwicklung im MKULNV NRW	20
Themenforen „Wirtschaft 2030 – Neue Perspektiven“ „NRW und Deutschland vor der Pariser Weltklimakonferenz“ „Leitbild NRW 2030“ „Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für eine nachhaltige Entwicklung „Wie messen wir Nachhaltigkeit? – Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren“	30 33 37 43 47
Generationengerechtigkeit gelebt – Unsere Vision für ein nachhaltiges NRW 2030 Auftakt mit Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes NRW Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der „Jungen Generation“	51 52
Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip aus Sicht der Landtagsfraktionen Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen	54
Ausblick: Feinschliff der Nachhaltigkeitsstrategie und Gemeinschaftswerk Umsetzung Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW	57
Anhang Programm 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung Evaluation Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement Impressum	59 61 62 63

Sehr geehrte Damen und Herren,



Ende September hat ein UN-Gipfel die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und 17 neue internationale Nachhaltigkeitsziele verabschiedet. Die Bundesregierung plant, im Jahr 2016 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie grundlegend weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr, dass wir uns in NRW bereits auf der Zielgeraden zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie befinden und wir im Rahmen der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung im Landtag mit den Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kommunen zahlreiche Aspekte des Strategieentwurfs diskutieren konnten. Die vorliegende Dokumentation fasst die auf der Tagung angesprochenen Themen sowie insbesondere die Beiträge und Ideen zum Entwurf der Landesregierung zusammen.

Auf der Tagung ist auch die Online-Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie über das neue Webportal www.nachhaltigkeit.nrw.de gestartet. Bis zum 30. November 2015 hatten alle Interessierten Gelegenheit, ihre Rückmeldung zu geben. Alle Anregungen, Ideen und Kritikpunkte zum Strategieentwurf, die auf der Tagung und in der Konsultation vorgebracht wurden, werden von der Landesregierung sorgsam geprüft, bevor die Landesregierung Anfang 2016 den endgültigen Text der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen beschließen wird.

Abschließend möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Referentinnen und Referenten, Diskutantinnen und Diskutanten, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und vor allem bei den zahlreichen Jugendlichen bedanken, die mit großem Engagement an der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung teilgenommen haben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre der Tagungsdokumentation.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Johannes Remmel'. The signature is fluid and cursive.

Johannes Remmel

✓ Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen



4. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zusammenfassung

Mit der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung hat am 28. Oktober 2015 ein breit angelegter Partizipationsprozess zur Nachhaltigkeit begonnen: Mehr als 400 Teilnehmende aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten im Düsseldorfer Landtag über den Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Tagung stellte die globalen Zusammenhänge dar und zog daraus Schlussfolgerungen für NRW: In Diskussionen und Vorträgen nahmen die Teilnehmenden Bezug auf den UN-Nachhaltigkeitsgipfel vom September 2015 und die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie die Pläne der Bundesregierung, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2016 weiterzuentwickeln.

NRW-Europaminister Franz-Josef Lersch-Mense skizzierte in seiner Rede die Wirkung der internationalen Nachhaltigkeitsziele auf die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Das Land sei gut gerüstet für die Umsetzung der Agenda-Ziele, wolle künftig verstärkt eine ganzheitliche Sichtweise einnehmen.

Die Frage, was aus den internationalen Nachhaltigkeitszielen für Europa, Deutschland und die deutschen Länder folge, stand auch im Zentrum des Eröffnungspodiums: Die Bedeutung der internationalen Nachhaltigkeitsziele erörterten u. a. Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung, und Karl Falkenberg, Sonderberater für nachhaltige Entwicklung der Europäischen Kommission.

NRW-Umweltminister Johannes Remmel präsentierte anschließend den ersten umfassenden Nachhaltigkeitsstrategieentwurf für NRW, der im Kern 19 Handlungsfelder identifiziert. Mit ihrer Strategie leistet die Landesregierung gleichzeitig einen Beitrag zur Umsetzung der 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele. Zum Schluss seines Vortrages lud Remmel alle Menschen im Land zur aktiven Mitarbeit an der Strategie ein und startete das neue Portal www.nachhaltigkeit.nrw.de. Dort kann der Strategieentwurf bis zum 30. November 2015 im Rahmen einer Online-Konsultation kommentiert werden. Anschließend fungiert dieses Website als Portal für die Nachhaltigkeit in

5 Zusammenfassung

NRW. Erste Anregungen im Plenum gaben bereits zehn Stakeholder aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

In fünf parallelen Foren diskutierten die Teilnehmenden nach der Mittagspause wichtige Aspekte des Strategieentwurfs. Zentrale Themen waren nachhaltiges Wirtschaften, der Klimaschutz sowie die Vorstellungen Jugendlicher für ein nachhaltiges NRW in 2030. In anderen Foren standen die Bedeutung von Forschung und Innovation für eine nachhaltige Entwicklung und die Frage nach der Messbarkeit von Nachhaltigkeit durch Ziele und Indikatoren im Mittelpunkt.

Einen besonderen Fokus legte die NRW-Nachhaltigkeitstagung in diesem Jahr auf die Perspektive künftiger Generationen. Wie wichtig gerade jungen Menschen ein nachhaltiges Handeln ist, betonte die Vorsitzende des Landesjugendrings NRW, Sarah Primus. Vertreter und Vertreterinnen von Jugendverbänden und der Kampagne „Schule der Zukunft“ stellten ihre Standpunkte in kleinen Filmbeiträgen sowie beim Markt der Möglichkeiten vor und beteiligen sich aktiv an den Themenforen.

Auch NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann erklärte im Gespräch mit Moderatorin Tanja Busse, wie wichtig es sei, dass Kinder und Jugendliche erkennen, wie sie eine nachhaltige Entwicklung mitgestalten können. Ein junges Podium stellte sich im Anschluss dem Thema „Generationengerechtigkeit“: Ihre Zukunftsvisionen diskutierten NRWs zweitjüngster Bürgermeister, Erik Lierenfeld aus Dormagen, der Essener Schüler Jan Lemke und Katharina Zink vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend NRW.

Die Zukunft NRW stand ebenfalls im Fokus der Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen: Die Landtagsabgeordneten Norbert Meesters (SPD), Rainer Deppe (CDU), Norwich Rübe (Bündnis 90/Die Grünen), Henning Höne (FDP) und Simone Brand (Piratenpartei) schilderten ihre Sicht der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie.

Die 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung wird am 29. September 2016 in Münster stattfinden.



Impressionen vom Markt der Möglichkeiten.



Begrüßung

Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags NRW
Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt,
 Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Zu Beginn der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung begrüßten Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags NRW, und Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, im Plenarsaal des Landtags die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dabei bedankte sich Johannes Remmel bei der Landtagspräsidentin dafür, die Nachhaltigkeitstagung bereits zum zweiten Mal im Landtag ausrichten zu dürfen: „Der Landtag ist ein wunderbarer Ort, um Diskussionen über die Zukunftsfähigkeit des Landes zu führen“. Carina Gödecke entgegnete, dass die Öffnung des Hauses für außerparlamentarische Veranstaltungen keine Selbstverständlichkeit sei: „Aber die Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gemeinsame Aufgabe. Und da wir uns in dieser Sache bereits auf der Zielgeraden befinden, kann der Kongress nur im Landtag stattfinden.“

Gödecke und Remmel waren sich einig, dass der Zeitpunkt der NRW-Nachhaltigkeitstagung NRW gut gewählt sei. Denn nur knapp vier Wochen zuvor, Ende September 2015, waren beim UN-Gipfel in New York die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele beschlossen worden. Drei Tage spä-

ter verabschiedete die Landesregierung den Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen. „Letzterer ist ein Gemeinschaftswerk der Landesministerien, aber auch der vielen Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Verbänden, die sich in den Erarbeitungsprozess eingebracht haben“, so Rimmel.

Carina Gödecke erinnerte an eine Landtagsdebatte vom 26. Juni 2015 zur Bedeutung der sogenannten 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung der UN für NRW. Die Debatte sei in einen Landtagsbeschluss gemündet. „Der Landtag hat gefordert, dass Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele einnehmen soll. Mit dem Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie und mit dieser Tagung untermauern wir, dass wir dieser Rolle Schritt für Schritt gerecht werden wollen“, betonte die Landtagspräsidentin.

Im Folgenden richtete Gödecke den Blick auf die Bundestadt Bonn, die als UN-Standort für nachhaltige Entwicklung mit vielen internationalen Institutionen „gesegnet“ sei. „Damit haben wir in Bonn und somit auch in NRW die besten Voraussetzungen für den internationalen Austausch über die Nachhaltigkeit“, so Gödecke. Wie gut der internationale Austausch in der Praxis schon funktioniert, erlebte die Landtagspräsidentin vor Ort selbst. Sie berichtete von einem Besuch des Landtagspräsidiums im World Conference Center Bonn, bei der das Präsidium einen Einblick in die laufende Vorbereitungstagung für die Weltklimakonferenz in Paris erhalten hat. „Es war beeindruckend zu sehen, wie 2.000 Delegierte aus 190 Nationen rund um die Uhr arbeiten, miteinander sprechen und an Texten feilen“, fasste Gödecke ihre Eindrücke zusammen.

Zum Abschluss ihrer Begrüßungsworte definierte Gödecke die Rolle des Landesparlaments im Nachhaltigkeitsprozess. Die Nachhaltigkeitsstrategie solle nicht nur unterstützt, sondern mit Leben gefüllt werden. Dazu werde in vielen Ausschüssen diskutiert werden. Denn: „Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe.“



Umweltminister Rimmel knüpfte nahtlos an die Worte von Carina Gödecke an und kam auf die aktuelle Flüchtlingssituation zu sprechen: „Noch nie waren so viele Menschen weltweit auf der Flucht – vor Hunger, vor Vertreibung, vor Krieg. Denn die Lebensumstände dort, wo Menschen fliehen, sind nicht nachhaltig.“ Daher sei es sinnvoll, sich nicht nur innerhalb NRW, sondern auch weltweit auszutauschen und die Frage zu diskutieren: „Was sind die richtigen Voraussetzungen, um nachhaltig leben zu können?“ Daher forderte Rimmel, die Anstrengungen zur Nachhaltigkeit in NRW mit denen Deutschlands und der Welt im Sinne einer weltweiten Nachhaltigkeitsstrategie in Einklang zu bringen. „Die internationalen Nachhaltigkeitsziele sind eng verbunden mit unseren eigenen Vorstellungen, wie wir unser Leben nachhaltig gestalten“, sagte der Umweltminister abschließend.



Was folgt aus den neuen internationalen Nachhaltigkeitszielen für Nordrhein-Westfalen?

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes NRW

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
 lieber Kollege Johannes Rimmel,
 sehr geehrte Frau Thieme,
 sehr geehrter Herr Falkenberg,
 sehr geehrter Herr Schmidt,
 sehr geehrter Herr Generalkonsul
 der französischen Republik Müller,
 sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
 meine Damen und Herren,

bitte erlauben Sie mir eine kurze persönliche Anmerkung zu Beginn meiner Ausführungen: Als ich als junger Referent in die SPD-Bundestagsfraktion wechselte, in das Büro von Volker Hauff, ging die deutsche Übersetzung des Brundtland-Berichtes gerade in die letzte Phase. Wir haben intensiv darüber diskutiert, ob es denn eine angemessene Übersetzung für den Begriff „sustainable“ gibt. Wir haben lange mit uns gerungen und überlegt, ob denn der noch völlig unbekannt, ursprünglich aus der Forstwirtschaft stammende Begriff der „Nachhaltigkeit“ wohl eine geeignete deutsche Übersetzung sei. Heute können

wir feststellen, dass der Begriff sich durchgesetzt hat und mit ihm auch die dahinter stehenden Ziele. Deshalb glaube ich, es gibt ihn doch, den historischen Fortschritt. Manchmal mag er in seinen Bewegungen schneckenhaft sein, aber über längere Zeiträume ist er doch durchaus feststellbar.

Ende September dieses Jahres – darauf wurde schon hingewiesen – hat sich die Weltgemeinschaft auf eine umfassende Agenda verständigt, die den Weg für einen tiefgreifenden Wandel in Richtung eines nachhaltigen Entwicklungspfades bis zum Jahre 2030 vorzeichnet. Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung, wie sie nun offiziell heißt, ist in der Gesamtschau betrachtet mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen sowohl komplex als auch in ihrer Zielsetzung durchaus ambitioniert. Eine beträchtliche Zahl an Zielen ist nach meiner Einschätzung so ambitioniert, dass sie sämtliche Staaten und Gesellschaften nicht nur verändern und vor ernsthafte Herausforderungen stellen wird, sondern von vielen sicher auch nicht vollständig erreicht werden kann.

Eine erste Herausforderung besteht schon allein darin, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen den umfassenden Charakter der neuen Agenda und ihre Relevanz für alle Staaten in der Breite, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bekannt zu machen. Angesichts der Vielschichtigkeit der Agenda, des nicht immer eingängigen Themas und auch der leider festzustellenden gewissen Geräuschlosigkeit, mit der die 2030-Agenda erarbeitet wurde, ist schon dies eine nicht zu gering einzuschätzende Aufgabe. Die Ziele der 2030-Agenda richten sich zunächst an die Mitgliedsstaaten der Völkergemeinschaft, in Deutschland also an den Bund. Dabei handelt es sich nicht um 17 oder 169 Gesetze mit zwingender rechtlicher Bindungswirkung. Dennoch denke ich, können sie eine starke moralische Bindungswirkung entfalten. In unserem föderalen Staatswesen versteht es sich von selbst, dass die Länder, die die Sustainable Development Goals als Herausforderungen und Verpflichtung verstehen, ihrerseits einen Beitrag zu deren Umsetzung leisten werden.

Wir werden natürlich auch von außen mit der Frage konfrontiert werden, wie ernst wir die globale Nachhaltigkeitsagenda nehmen und welchen Beitrag wir zu ihrer Umset-

zung leisten wollen. Dies betrifft Fragen der nachhaltigen Weiterentwicklung unseres Landes ebenso wie die Frage, wie wir Ländern des globalen Südens bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie vor Ort unterstützen wollen. Letzteres liegt mir besonders am Herzen. In diesen Tagen beherrschen Diskussionen über die Bekämpfung von Fluchtursachen die Schlagzeilen und Fernsehnachrichten. Jenseits der Verpflichtung, unsere eigenen Wirtschafts- und Konsumgewohnheiten zu überdenken, können wir Industrieländer den globalen Süden in seinen Bemühungen, seinerseits die Ziele zu erreichen, voranbringen. Dies wäre dann auch ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen, die sich letztlich nur über den Weg der wirtschaftlichen und ökologischen Stabilisierung dieser Länder beseitigen lassen werden.

Nordrhein-Westfalen engagiert sich schon seit vielen Jahren in der entwicklungspolitischen Auslands- und Inlandsarbeit. Im Dezember 2012 hat die Landesregierung eine neue Eine-Welt-Strategie verabschiedet, um die Eine-Welt-Politik anhand von sechs Handlungsfeldern, die sich auch in den SDGs wiederfinden, möglichst effektiv und nachhaltig zu gestalten. Ich bin dankbar, dass sich im Zuge eines breiten öffentlichen Konsultationsverfahrens auch viele von Ihnen an der Formulierung der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt haben. Durch Eine-Welt-Projekte aus NRW werden auf dieser Basis Partnerregionen in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützt. Zudem haben wir uns der Aufgabe zugewandt, das Bewusstsein für Zusammenhänge zwischen Problemen des globalen Südens und einer fehlgeleiteten Politik hierzulande zu schärfen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Gründung des Projektbüros newtrade zur Förderung der nachhaltigen Beschaffung in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, oft wird gefragt, welche Verbindlichkeit die neue Nachhaltigkeitsagenda haben wird. Ich bin überzeugt davon, dass sie auch ohne formale Verbindlichkeit ihre Wirkungskraft entfalten wird. Wenn, um nur ein Beispiel herauszugreifen, gleich zu Beginn im Unterziel 1.2 formuliert wird, man wolle bis 2030 die Zahl von Männern und Frauen und Kindern, die nach der jeweils gültigen nationalen Definition in Armut leben, halbieren, dann betrifft diese Zielsetzung natürlich auch wohlhabende Staaten und Gesellschaften wie die unsere.

Und ich bin sicher, unsere Sozialverbände werden es kaum versäumen, uns rechtzeitig daran zu erinnern, wenn wir diese Ziele verfehlen sollten.

In diesem Sinne werden sich künftig alle Staaten und Gesellschaften an den globalen Nachhaltigkeitszielen messen lassen müssen. Unsere Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen haben wir nicht wegen der globalen 2030-Agenda erarbeitet, sondern weil wir als Landesregierung davon überzeugt sind, dass eine solche Strategie auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes notwendig ist. Die zeitliche Koinzidenz hat aber dazu geführt, dass beide Prozesse bis zum Ende parallel zueinander verlaufen sind. Den Entwurf unserer Nachhaltigkeitsstrategie hat die Landesregierung nur drei Tage nach Verabschiedung der 2030-Agenda gebilligt. Aber natürlich gibt es neben der zeitlichen Parallelität auch inhaltlich enge Zusammenhänge. Die globale Agenda ist ein wichtiger Impuls für die Nachhaltigkeitspolitik des Landes. Und in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie stellen wir dar, wie Nordrhein-Westfalen die Impulse landespolitisch aufgreifen und welche Beiträge das Land zur Umsetzung der globalen Agenda leisten wird.

Meine Damen und Herren, in der öffentlichen Debatte gibt es nicht wenige Stimmen, die bemängeln, bei der Formulierung der 2030-Agenda sei es versäumt worden, die Wechselwirkung zwischen einzelnen Zielen und Handlungsfeldern zu berücksichtigen und ausreichend darzustellen. Dem möchte ich Folgendes entgegen halten: Die Agenda 2030 stellt ein umfassendes und in sich komplexes, gemeinsames Verständnis der wichtigsten globalen Herausforderung dar. Die Agenda ist in diesem Sinne gerade nicht von einem Schubladendenken geprägt, sondern von einer alle Handlungsfelder übergreifenden Sichtweise. Und trotz dieser ganzheitlichen Sichtweise muss in der Umsetzung konkreter Nachhaltigkeitspolitik in jedem Staat, in jeder Gesellschaft, in jeder Region und in jeder Kommune vor dem Hintergrund spezifischer Rahmenbedingungen konkretisiert werden, wie Wechselwirkungen zu berücksichtigen sind und mögliche Zielkonflikte aufgelöst werden können. Wir haben uns darauf verständigt, einer ganzheitlichen Betrachtungsweise auch über das Jahr 2030 hinaus Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wollen wir aktuelle Schwerpunkte der NRW-Nachhaltigkeitspoli-

tik den globalen Zielen gegenüberstellen und sie mit ihnen verbinden. Die Auswahl dieser Schwerpunktfelder war kein Herausgreifen der Dinge, die uns möglicherweise besonders leicht fallen, sondern stellt die wirklich zentralen ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, in den Mittelpunkt. Unsere Schwerpunktfelder sind daher wesentliche Ziele der globalen Nachhaltigkeitsagenda. Dass der Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie dem Grundsatz einer ganzheitlichen Betrachtungsweise gerecht wird, zeigt sich auch daran, dass die von uns über die aktuellen Schwerpunktfelder hinaus identifizierten 19 Handlungsfelder nahezu die Gesamtheit der 17 Ziele der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung abbilden und zum Teil sogar über diese hinaus gehen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass ein dichtbesiedeltes, hochindustrialisiertes Land mit einem hohen Energiebedarf wie Nordrhein-Westfalen in der Nachhaltigkeitspolitik vor besonderen Herausforderungen steht. Unsere Landesregierung bekennt sich klar zum Leitprinzip einer an Nachhaltigkeit orientierten Politik und hat einen Kurs eingeschlagen, der unser Land Schritt für Schritt auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad bringen wird – ganz im Sinne der neuen internationalen Nachhaltigkeitsziele. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen gut gerüstet sind, um unseren Beitrag zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu leisten. Wichtige Impulse, die von dieser Agenda und ihrer Umsetzung ausgehen, haben wir dabei schon im Entwurf unserer Nachhaltigkeitsstrategie in vielfältiger Weise berücksichtigt. Aber natürlich sind wir auch sehr gespannt darauf, welche Anregungen aus Ihrem Kreis zu einzelnen Punkten, einzelnen Zielen und einzelnen Indikatoren kommen werden. Sie können sicher sein, dass wir die Beiträge, die hier erbracht werden, im weiteren Beratungsprozess würdigen und berücksichtigen.

In diesem Sinne darf ich der Tagung einen erfolgreichen Verlauf wünschen. Und natürlich werden wir die Ergebnisse intensiv, auch innerhalb der Landesregierung, weiter diskutieren.

Herzlichen Dank!



Präsentation von Ergebnissen der Jugendprojekte zur Nachhaltigkeit in NRW

Sarah Primus, Vorsitzende des Landesjugendrings NRW

Zur Einstimmung wurde ein kurzer Filmbeitrag gezeigt, in dem Jugendliche zum Ausdruck bringen, wie wichtig ihnen das Thema Nachhaltigkeit ist und was sie sich für das Jahr 2030 wünschen. Genannt wurden Zielvorstellungen zu einem Leben im Einklang mit der Natur und einem überlegten Konsumverhalten sowie zu einer umweltfreundlichen Mobilität mit mehr Elektrofahrzeugen und einem deutlich reduzierten motorisierten Individualverkehr. Plastikverpackungen und Lebensmitteln zu Dumpingpreisen erteilten die Jugendlichen eine klare Absage.

Sarah Primus nahm in ihrem anschließenden Kurzvortrag auf den Film Bezug.

Der Beitrag machte deutlich, dass junge Menschen eine sehr genaue Vorstellung davon hätten, was Nachhaltigkeit bedeute. Auch die Umsetzungsideen der Jugendlichen hätten Beachtung verdient. Der Entwurf einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie decke bereits viele Themen der Jugend ab: „Nachhaltiger Konsum, umweltschonende Mobilität, umweltfreundliche Energieversorgung, Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit und soziale Sicherheit – das alles sind Aspekte, die junge Menschen interessieren und an denen sie mitwirken wollen.“ Daher sei es sehr erfreulich, dass

der Landesjugendring bereits während des Entstehungsprozesses der Nachhaltigkeitsstrategie gehört worden sei und sich nun auch im Rahmen der Tagung einbringen könne, so Primus.

Für die Jugendverbände wünschte sich die Vorsitzende des Landesjugendrings eine Reihe konkreter Instrumente, die die Beteiligung Jugendlicher an der Entwicklung der Nachhaltigkeit in NRW sicherstellen. „Der Landesjugendring setzt sich schon seit einiger Zeit für den sogenannten Jugend-Check ein. Man könnte diesen auch Nachhaltigkeits-Check nennen, weil es im Prinzip darum geht, dass der Landtag vor der Verabschiedung von Gesetzen diese auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen in NRW überprüft“, betonte Sarah Primus.

Ein Thema, das ihr ebenfalls sehr am Herzen liege, sei die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie freue sich, dass dieses Thema in der Nachhaltigkeitsstrategie verankert sei, sagte Primus und betonte: „Ich bin zuversichtlich, dass die Wichtigkeit der Bildung für nachhaltige Entwicklung erkannt wurde, und hoffe, dass das Thema auch in Zukunft ausführlich Berücksichtigung findet.“ Die Jugendverbände, aber auch die Schulen seien in diesem Themenfeld bereits sehr aktiv. Allerdings seien Projekte aus dem Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung auch auf eine entsprechende finanzielle Unterstützung angewiesen.

Einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen beschrieb Sarah Primus als ein weiteres wichtiges Anliegen Jugendlicher. „Dazu braucht es natürlich auch ein Ticket, das sich Jugendliche leisten können“, so die Diplom-Sozialarbeiterin. Als weitere große Themen, die bereits in der Nachhaltigkeitsstrategie mit angedacht seien, nannte sie den kritischen Konsum und die globale Zusammenarbeit.





Podiumsdiskussion

Was folgt aus den neuen internationalen Nachhaltigkeitszielen für Deutschland, Europa und die deutschen Länder?

Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Karl Falkenberg, Sonderberater für nachhaltige Entwicklung beim European Political Strategy Center der Europäischen Kommission

Werner Schmidt, Direktor für Umwelt und Regionalentwicklung der Europäischen Investitionsbank

Moderation

Dr. Tanja Busse

Dr. Tanja Busse: Marlehn Thieme, es gibt eine neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie, eine Fortschreibung. Wie geht die Bundesregierung mit den SDGs um? Was passiert auf Bundesebene?

Marlehn Thieme: Morgen wird die Bundesregierung den Auftakt für die Neuformulierung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geben. Entscheidend für die Bundesregierung wird dabei sein, was aus dem völlig veränderten strukturellen Blick der SDGs in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes übernommen wird. Da wird es einige Konsequenzen geben müssen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat hierzu bereits im Mai/Juni eine Empfehlung an die Bundesregierung abgegeben, die besagt: Wenn die SDGs nun nicht mehr nur die Ziele für die Entwicklungsländer sind, sondern die Ziele für die ganze Welt, also auch für die entwickelte, industriell geprägte Welt, dann werden wir uns als Deutsche die Frage stellen

müssen: Welche Entwicklung müssen wir nun eigentlich einschlagen? Das ist ein deutlich veränderter Blickwinkel. Es klang ja heute schon an: Auch wir werden in Bezug auf die SDGs Lernkurven nehmen müssen. Ich nenne dazu nur einmal die Stichworte „nachhaltiger Konsum“ und „Mobilität“. Aber es geht auch um deutlich klarere Emissionsreduktionen, die Ressourcenintensität unseres Wirtschaftens und um die Frage, wie Armut, Reichtum und Partizipation in unserem Land gestaltet sind. Ich glaube, da werden wir in der neuen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie deutliche Veränderungen sehen.

Darüber hinaus müssen wir uns die Frage stellen, welche Rolle Deutschland in Zukunft eigentlich einnehmen will. Wir müssen nicht nur in der deutschen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung festlegen, was wir in Deutschland für Deutschland tun, sondern auch, was wir in Deutschland für andere Länder tun können. Als Exportnation haben wir hier eine besondere Verpflichtung. Es stellt sich zudem die Frage: Was machen wir in anderen Ländern, die unsere Hilfe brauchen, um auch dort auf den Nachhaltigkeitspfad zu gehen? Wie unterstützen wir Länder, die das Thema vielleicht nicht so realisieren, wie wir es getan haben, mit unserer sehr kohlenstoffreichen Wirtschaftsform und unseren hohen Emissionen? Wie also können wir diese Länder unterstützen, wenn sie die finanziellen und sonstigen Möglichkeiten der Entwicklung – und dazu gehören auch Verwaltung und Bildung – nicht haben?

Dr. Tanja Busse: Sie haben in dem Bericht des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung viele kritische Punkte angesprochen, zum Beispiel die Hermesbürgschaften für nicht nachhaltige Investitionen. Wie wir bereits gehört haben, geht es dabei nicht nur um ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch um die Frage, wie man die Ziele der Nachhaltigkeit in einem Industrieland mit einer starken Wirtschaft vereinbaren kann. Haben Sie da konkrete Vorschläge, wie das aussehen könnte?



Werner Schmidt, Marlehn Thieme und Karl Falkenberg im Gespräch.

Marlehn Thieme: Wir haben nicht zu allem konkrete Vorschläge, möchten aber, dass bestimmte Kriterien als Ziele in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Wie diese dann in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden, dazu haben wir uns jetzt noch nicht positioniert. Allerdings hat der Rat schon mehrfach etwas zu nachhaltigen Finanzierungen und auch zu Hermesbürgschaften gesagt. Im jetzigen Stadium möchten wir uns in die Reformulierung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit einbringen. Und ich kann die Zivilgesellschaft und auch die Unternehmen, die Wirtschaft und die Parteien nur dazu ermuntern, sich ebenfalls an diesem Prozess zu beteiligen.

Dr. Tanja Busse: Danke, Frau Thieme. Ich würde jetzt gerne von der Welt-Bund-Ebene auf die europäische Frage kommen. Karl Falkenberg, wie sehen Sie die Bedeutung der SDGs für die Europäische Union?

Karl Falkenberg: Europa war zunächst einmal eine der treibenden Kräfte dafür, dass die SDGs so aufgeschrieben wurden, wie sie jetzt angenommen worden sind. Wir sehen hier eine Weiterentwicklung der Millennium Development Goals (MDGs), die eigentlich nur darauf abgezielt haben, die Entwicklungsländer auf einen besseren Entwicklungspfad zu bringen. Wir haben derweil stark auf die Einbeziehung des ökologischen Ansatzes gedrängt und betont, dass Nachhaltigkeit letztlich nicht nur die sogenannten Entwicklungsländer interessiert, sondern uns alle angeht. Wir hatten also einen doppelten Ansatz: Wir wollten die Ökologie mit in den Entwicklungszielen verankern und wir wollten universelle Ziele schaffen, die für alle Länder gelten.

Jetzt geht es um die Frage, wie wir all diese Ziele umsetzen? Auch hier starten wir nicht von einem leeren Tisch aus. Auch die Europäische Union hat eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. In den zurückliegenden acht Jahren haben wir versucht, diese unter dem Titel „Europa 2020“ möglichst präzise zu formulieren. Dabei sind wir bereits auf einige konkrete Fragen eingegangen. Wir haben beispielsweise festgehalten, dass Europa ressourceneffizienter wachsen und arbeiten muss. Jetzt stehen wir – wie so viele andere – vor der Herausforderung, dass wir das Gesamtkonzept der Nachhaltigkeit mit berücksichtigen und in unsere politische Entscheidung mit einbinden müssen. Ich glaube, dabei wird es zwei große Herausforderungen geben. Zunächst einmal müssen wir versuchen, der Bevölkerung eine Erzählweise der Nachhaltigkeit mitzugeben, die verstanden und angenommen wird. In einem zweiten Schritt müssen wir versuchen, prozessorientiert zu denken. In Zukunft wird es darauf ankommen, bei allen anstehenden Fragen darüber nachzudenken, was die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Auswirkungen unseres Handelns sind. Diese drei Elemente der Nachhaltigkeit müssen konkret bei allen Entscheidungen auf einen Nenner gebracht werden.

Dr. Tanja Busse: Das hört sich schlüssig an. Viele Aspekte des Europa 2020-Plans sind jedoch von den Bürgern in Europa noch nicht wahrgenommen worden.

Karl Falkenberg: Ja, wir müssen verstärkt an der Erklärung arbeiten und die Ziele deutlicher machen. Dennoch möchte ich eins noch einmal ganz klar herausstellen: Europa 2020 ist der erste Versuch gewesen, mit dem wir deutlich machen wollten, dass Europa künftig nachhaltiger und ressourceneffizienter arbeiten muss. Einer unserer Kritikpunkte ist, dass wir in Europa zu viele unserer natürlichen Rohstoffe verbrauchen und diese damit anderen in einem gewissen Maße wegnehmen. Wir müssen nachdenken, wie wir mit Rohstoffen anders umgehen können, sodass sie nicht nur für eine Welt von 7 Milliarden Menschen reichen, sondern auch für eine Welt von 10 Milliarden Menschen, auf die wir in den nächsten 30 Jahren wahrscheinlich anwachsen werden. Ich spreche hier von natürlichen Ressourcen wie Wasser, Böden, Luft und Mineralstoffen. Da können wir ganz konkret ansetzen, denn im Augenblick respektieren wir die Grenzen unseres Planeten ganz deutlich nicht, wenn ich mir die Art und Weise ansehe, wie wir konsumieren und produzieren.

Dr. Tanja Busse: Danke, Herr Falkenberg. Kommen wir zur Europäischen Investitionsbank, die die Aufgabe hat, den Binnenmarkt zu stärken und die Umwelt zu schützen. Herr Schmidt, wie geht die Europäische Investitionsbank mit den SDGs um?

Werner Schmidt: Die Europäische Investitionsbank (EIB) verfügt über ein Kreditvolumen von 70 Milliarden Euro im Jahr und ist damit die größte internationale Finanzierungsinstitution der Welt. Die EIB hat Nachhaltigkeit schon seit ihrer Gründung im Jahr 1958 auf der Agenda. Wir haben den Nachhaltigkeitsgedanken durch unsere Überprüfungskriterien von vorne herein integriert. Wir überprüfen Projekte entsprechend ihren technischen Gegebenheiten, wir überprüfen sie auf finanzielle, ökonomische Tragfähigkeit, aber auch auf ihre umwelt- und sozialpolitische Tragfähigkeit. Meine Abteilung ist zuständig für Wasser, Nahrungsmittel und für Wohnungsbau. Wir haben vor kurzem die Emscher-Renaturierung finanziert. Wir engagieren uns sehr stark im sozialen Wohnungsbau und auch im Flüchtlingsbereich. Und wir sind beim größten Aufforstungsprogramm der Welt in China beteiligt. Aber was hat das jetzt alles mit den SDGs zu tun? Es ist wichtig zu wissen, dass die EIB sich auch außerhalb der Europäischen Union engagiert. Gerade im Klimaschutzbereich sind wir mit unseren Projekten federführend. Schon heute leisten 25 Prozent unserer Projekte einen Klimabeitrag. Und ab 2020 wollen wir dieses Ziel für unsere Finanzierungsprojekte außerhalb der Europäischen Union auf 35 Prozent erhöhen.

Dr. Tanja Busse: Die Emscher-Renaturierung wird jeder in NRW als großen Erfolg kennen. Die Agrarpolitik der EU war jedoch in den letzten Jahren alles andere als nachhal-

tig. Wenn Sie nun also sagen, im Engagement der EIB steckt die Nachhaltigkeit schon drin, dann machen Sie es sich ein bisschen zu einfach.

Werner Schmidt: Die Projekte, die wir finanzieren, müssen nachweisen, dass sie nachhaltig sind, sonst findet keine Förderung statt. Deshalb sind wir auch im Agrarbereich innerhalb der Europäischen Union nicht so stark tätig.

Wir sind zudem keine Policy-Maker, sondern Policy-Taker. Wir machen nicht die Politik. Wir haben für uns bestimmte Ziele formuliert – zum Beispiel im Umweltbereich, im Regionalentwicklungs- und auch im Klimabereich, aber wir brauchen auch Kunden. Wir sind eine Bank.

Dr. Tanja Busse: Jetzt zu den Policy-Makern, Herr Falkenberg.

Karl Falkenberg: Ich möchte Herrn Schmidt zur Hilfe kommen, da ich überzeugt bin, dass diese Frage politisch beantwortet werden muss. Ich bin völlig einer Meinung mit Ihnen, wenn Sie sagen, die Agrarpolitik in Europa sei im Augenblick nicht nachhaltig. Wir müssen auch in Europa die Produktionsverfahren mit sozialen und umweltpolitischen Erkenntnissen auf einen Nenner bringen. Ich habe in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die Art und Weise, wie wir Fleisch produzieren, zu einer hohen Wasserbelastung führt. Gülle ist eine der Hauptursachen dafür, dass die deutschen Oberflächengewässer sowie unsere Nordsee- und Ostseeküsten zu viel Nährstoffe enthalten und damit ungesund sind. Hier müssen wir umdenken und umsteuern. Ich denke, mit Hilfe der Finanzierung aus der EIB kann überprüft werden, ob Entscheidungen, die die Politik getroffen hat, auch eingehalten werden. In meinen sechs Jahren als Umweltgeneraldirektor in Brüssel kann ich auf eine sehr gute, sehr enge Zusammenarbeit mit der EIB zurückblicken. Die EIB würde kein Projekt finanzieren, das nicht von der Generaldirektion Umwelt auf Umweltverträglichkeit überprüft und für unbedenklich befunden wurde.

Dr. Tanja Busse: Frau Thieme, ich würde Sie gerne noch einmal zur Verzahnung befragen. Als an Nachhaltigkeit interessierte Bürgerin nehme ich wahr, dass in NRW, in Berlin und auch in Europa etwas passiert. Wie fügen sich die einzelnen Aktivitäten in eine einheitliche Strategie?

Marlehn Thieme: Man kann die Verzahnung hier schon sehr gut sehen. Die SDGs kommen zu einem Zeitpunkt, wo die größten Flüchtlingsströme uns anzeigen, dass etwas in dieser Welt ganz und gar nicht nachhaltig läuft. Viele dieser Fluchtursachen sind ökologischer Natur. Zudem handelt es sich um Ursachen schlechten Regierens und schlechter Marktgestaltung sowie um die Folge von harten Waffenauseinandersetzungen. In einer solchen Situation hat sich die Weltgemeinschaft verpflichtet,

Sustainable Development-Prozesse zu integrieren und diese Prozesse transparent zu machen. Das ist für mich ein Hoffnungszeichen.

Die Agrarpolitik der Europäischen Union ist nicht nachhaltig, weil sie sehr stark auf Tierproduktion setzt und eine Übernutzung der Böden ermöglicht. Daher ist es absolut notwendig, dass sich auch die Europäische Union eine neue Nachhaltigkeitsstrategie gibt, die ambitionierter ist, als die letzte. Daher finde ich es begrüßenswert, dass ein hoch industrialisiertes und dichtbesiedeltes Land wie Nordrhein-Westfalen versucht, besser zu werden und einen Beitrag zum globalen Prozess zu leisten. Nachhaltigkeit ist nicht das Paradies auf Erden, sondern das Transparentmachen von eklatanten Zielkonflikten zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen. Dieser Umgang mit den Zielkonflikten gehört für mich zu gutem Regieren, aber auch zu gutem Wirtschaften einfach dazu. Und nur, wenn ich mir eine Strategie mit klaren, messbaren Zielen setze, dann kann ich hinterher auch ehrlich Bilanz ziehen. Heute kann sich schlicht keiner mehr aus der Affäre ziehen und sagen: Mich geht Nachhaltigkeit nichts an.

Dr. Tanja Busse: Viele dieser Aufgaben hat Nordrhein-Westfalen ja bereits in Angriff genommen. Herr Schmidt und Herr Falkenberg, was würden Sie Nordrhein-Westfalen noch mit auf den Weg geben?

Werner Schmidt: Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen. Die fokussierte Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist überaus wichtig. Wir müssen wirklich versuchen, alle an einem Strang zu ziehen. Was jetzt hier in NRW passiert, das besitzt schon eine gewisse Vorreiterfunktion. Die haben wir leider nicht in allen Regionen innerhalb der Europäischen Union. Wir brauchen für diese globalen Anforderungen und Probleme gesamtheitliche Ansätze. Ein weiterer Punkt für mich ist die Frage: Wie bringe ich die Nachhaltigkeit wirklich in die Wertschöpfungskette? Die Kreislaufwirtschaft ist hier ganz entscheidend ebenso wie das, was wir unter dem Begriff Governance verstehen.

Karl Falkenberg: Das Meiste ist gesagt. Ich glaube, dass Nordrhein-Westfalen eigene Schwerpunkte setzen kann. Dennoch erfordert das Erreichen von Nachhaltigkeit, dass wir holistisch vorgehen. Wir müssen alle Ziele im Auge behalten, denn sie hängen konkret zusammen. Wir werden sie nur erreichen, wenn wir sie miteinander umsetzen.

Dennoch gibt es in einem Land wie NRW konkrete Probleme, die angegangen werden sollten. Wir haben in NRW, wie in vielen anderen Teilen Deutschlands, in den Städten und Ballungsgebieten eine Luftqualität, die gesundheitsschädigend ist und mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Wir haben in vielen Bereichen der Landwirtschaft Produktionsstrukturen, die nicht nachhaltig sind. Zudem ist NRW ein energiehungriges Land. Energie über

Kohle herzustellen, ist eine der klimaschädlichsten Arten der Energiegewinnung überhaupt. Hier wird man ansetzen müssen. Zudem werden wir verstärkt über Infrastruktur und Verkehr nachdenken müssen.

Es gibt viele Punkte, die umgesetzt werden müssen. Ich hoffe, dass wir das in den Griff bekommen. Wir müssen einzelne Maßnahmen herunter deklinieren bis in die Gemeinden hinein. Da gibt es auch in NRW schöne Beispiele, nehmen wir zum Beispiel Essen. Die Stadt hat über viele umweltpolitische Fragen sehr gründlich nachgedacht und wird 2017 die Europäische Umwelthauptstadt sein.

Dr. Tanja Busse: Einen Schlusssatz noch von Ihnen, Frau Thieme. Was möchten Sie Nordrhein-Westfalen mit auf den Weg geben?

Marlehn Thieme: Ich bewundere Sie in Nordrhein-Westfalen für diese Vollversammlung der Stakeholder, aber ich frage mich, ob es nicht sinnvoll wäre, für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie hier in NRW so etwas wie einen Nachhaltigkeitsrat zu etablieren. Dieser Rat könnte den Ministern und den Verwaltungen zur Verfügung stehen. Andere Länder haben das bereits gemacht und auf Bundesebene ist das Modell ein wirklicher Erfolg. Zudem ist ein solcher Rat ein deutlicher Beschleuniger der Arbeit, da sich der Rat auch auf den direkten Kontakt mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften einlassen kann. Aus diesem Grund kann ich Ihnen einen solchen Rat nur wärmstens für Ihre Nachhaltigkeitsstrategie in NRW empfehlen.





Perspektive NRW 2030 – Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Busse,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
verehrte Abgeordnete,

mit Blick auf die Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen gibt es gute Nachrichten: Die Ratingagentur oekom research, die die Nachhaltigkeit in den deutschen Bundesländern bewertet, kommt in einem Bericht zu dem Schluss, dass NRW in Sachen Nachhaltigkeit zwar noch viele Potenziale hat, aber schon heute das nachhaltigste deutsche Bundesland ist. Das ist definitiv eine gute Nachricht für Nordrhein-Westfalen.

Eine andere gute Nachricht hat mich noch mehr erstaunt: Moody's, eine der weltweit größten Ratingagenturen, hat die klima- und umweltpolitischen Aktivitäten von NRW analysiert und diese als sehr positiv für den Investitionsstandort eingeschätzt. Nordrhein-Westfalen ist ganz offensichtlich der Ort für umwelttechnologische, nachhaltige Investments. Unser Land hat aufgrund der

strategischen Ausrichtung im Bereich Klimaschutz, aufgrund unserer Anstrengungen beim Klimaschutzplan und auch dank unserer industriepolitischen Fokussierung auf Umweltschutztechnologien bei den Ratinginstituten, in diesem Fall bei Moody's, ein gutes Standing.

Wir sind noch längst nicht am Ziel, aber der Weg Nordrhein-Westfalens zu einer nachhaltigen Entwicklung lässt bereits deutliche Markierungen erkennen.

Es liegt bereits ein langer Weg hinter uns. Im Jahr 1972 hat der Club of Rome vor den Grenzen des Wachstums gewarnt und ein Umsteuern der globalen Wirtschaft verlangt. 20 Jahre hat es gedauert, bis die internationale Gemeinschaft in der ersten Rio-Konferenz 1992 erste politische Schlussfolgerungen aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen gezogen hat. Die großen Herausforderungen sind damals wie heute die gleichen: Es geht um den Klimawandel, die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Notwendigkeit einer Transformation der globalen Produktions- und Konsummuster und schlichtweg eine umfassend nachhaltige Entwicklung. Die Frage, wie wir mit unseren Ressourcen umgehen, ist auf europäischer Ebene ein zentrales Nachhaltigkeitsthema. Und in der Tat ist es so, dass wir die erste Generation sind, die heute schon weiß, dass bestimmte Ressourcen in 20 bis 30 Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Wir müssen also die Ressourcenfrage in den Mittelpunkt unseres Wirtschaftens stellen.

Wenn wir uns die mittelständische Struktur der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen anschauen, dann will man es zunächst kaum glauben, dennoch steht fest: Die Ressourcenfrage ist viel wichtiger als die Energiefrage. Hier müssen wir ökonomisch ansetzen, um in eine stärkere Kreislauf-Orientierung zu kommen und Ressourcen mehrfach zu nutzen. Für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen ist es zwingend erforderlich, gerade im Ressourcen- und Materialbereich auf Nachhaltigkeit zu setzen.

Viele unserer politischen und auch finanziellen Leitentscheidungen finden heute auf EU-Ebene statt. Wenn wir diese Leitentscheidungen und die internationalen Nachhaltigkeitsziele, die SDGs, nicht ausreichend berücksichtigen, dann werden wir in den Ländern und Regionen Probleme bekommen. Wir müssen uns auch auf europapolitischer Ebene ständig mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzen und den Diskurs in Brüssel selbst suchen.

Aufbauend auf den starken Botschaften von Rio 1992 und der Agenda 21 sind in der ganzen Welt, in Europa, in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen Nachhaltigkeitsprozesse gestartet worden. Viele zivilgesellschaftliche Akteure und auch viele Kommunen in Nordrhein-

Westfalen gehörten damals zu den Pionieren der Nachhaltigkeit. Auch die Landesregierung hat damals einen breit angelegten Agenda-21-Prozess gestartet, an dem viele Akteure der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Kommunen und der Wissenschaft beteiligt waren. Damals hat es bereits einen Zukunftsrat gegeben.

Die Gründerzeit der Nachhaltigkeit hat viele gute Ansätze geliefert. Bisher ist es jedoch nie gelungen, die guten Ideen für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen in einem umfassenden Dokument zusammenzuführen und damit einen allgemeinen Bezugsrahmen für die Nachhaltigkeit im Land zu schaffen. Deshalb bin ich froh, dass es uns gelungen ist, diesen Entwurf einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen auch innerhalb der Landesregierung zu beschließen.

Der Entwurf ist sicher noch nicht perfekt, stellt aber eine Basis dar, auf der wir aufbauen und an der wir weiterarbeiten können. Zudem garantiert die Nachhaltigkeitsstrategie, dass – wenn sie einmal endgültig verabschiedet ist – in fünf Jahren auch eine Überprüfung der Ziele stattfinden kann. Auf diese Weise setzen wir uns einer gesellschaftlichen und politischen Diskussion aus, indem wir uns der Frage nach der Erreichung der Ziele stellen.

Heute für morgen handeln – das ist der Slogan für Nachhaltigkeit. Bei der Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben nimmt unser Land angesichts seiner Größe, seiner historisch bedingten, energieintensiven Wirtschaftsstruktur und seiner internationalen Verflechtung eine wichtige Rolle ein. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und sind bereit, unseren Beitrag zur Umsetzung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

Ich will noch ein Spezifikum von Nordrhein-Westfalen anfügen. Das Grundprinzip der Nachhaltigkeit, das vor 300 Jahren in der Forstwirtschaft entwickelt wurde, war ökonomisch begründet. Carl von Carlowitz hat die nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland ins Leben gerufen, weil das Holz für den Bergbau knapp wurde. Aus wirtschaftlichen Gründen hat er die Holz- und Forstwirtschaft in einen Kreislauf gebracht: Das Prinzip: Es werden nur so viele Bäume entnommen, wie auch nachwachsen können. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, in einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen die ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit für die Zukunftsentwicklung deutlich zu unterstreichen. Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Umwelt stehen nicht im Gegensatz, sondern es ist zwingend erforderlich, auch ökonomische Prozesse nachhaltig anzugehen.

Der Landtag hat 2015 gefordert, dass Nordrhein-Westfalen Vorreiter bei der Umsetzung der internationalen

Nachhaltigkeitsziele sein soll. Mit der Verabschiedung des Strategieentwurfs können wir mit gutem Recht behaupten, dass wir hier einen Pfad angelegt haben, der jetzt ausgebaut werden muss. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen: Wir dürfen die Chancen zukünftiger Generationen nicht einschränken, wir dürfen sie nicht beherrschen, dürfen nicht ihre Ressourcen einschränken.

Die Details des Strategieentwurfs haben Sie in den zurückliegenden Tagen bereits kennengelernt. Aus meiner Sicht ist das Ziel- und Indikatorensystem mit seinen 19 zentralen Handlungsfeldern das Kernelement unserer Strategie. Zum Teil sind wir da schon sehr konkret geworden. In anderen Punkten können wir vielleicht noch vom Bund und von anderen Ländern lernen und nachschärfen. Deshalb stellen wir den Strategieentwurf jetzt in den Diskurs. Sie sind herzlich aufgefordert, daran mitzuwirken.

Wir werden in sieben Feldern Schwerpunkte setzen, die jeweils unterschiedliche Interessen der Ressorts berühren. Eine solche thematische Konzentration auf Schwerpunktfelder war ein wichtiges Anliegen vieler Stellungnahmen in den Konsultationen zum Strategiepapier im Jahr 2014 und ist von unserer Seite aufgegriffen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in den Schwerpunktfeldern wird natürlich nicht bei einem Ressort liegen, sondern muss von allen Fachministerien realisiert werden. Deshalb ist es auch notwendig darauf hinzuweisen, dass die gesamte Landesregierung auf allen Ebenen für die Umsetzung verantwortlich ist. Es geht darum, die gemeinsame Verantwortung in den Mittelpunkt zu stellen und das Leitprinzip Nachhaltigkeit überall umzusetzen.

Neben den Zielen und Indikatoren gibt es zudem einige gemeinsame Anstrengungen, auf die ich besonders hinweisen möchte: Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes kennen Sie die Aufforderung des Parlamentes, bis 2030 eine klimaneutrale Landesverwaltung auf den Weg zu bringen. Gerade sind wir dabei, hierzu die Grundsteine zu legen. Wir wollen diesen Ansatz ausweiten und uns zu einer umfassend nachhaltigen Landesverwaltung entwickeln. Das wird jedoch nur gelingen, wenn alle Ressorts gemeinsam an einem Strang ziehen.

Im Rahmen des Marktes der Möglichkeiten und der Themenforen wird es bei dieser Tagung heute die Chance

geben, den einen oder anderen Nachhaltigkeitsaspekt zu vertiefen. Nach der Auswertung der heute beginnenden Konsultationsphase hoffen wir, Anfang 2016 zu einer Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie durch die Landesregierung zu kommen. Anschließend geht es an die Umsetzung. Dabei ist Ihr Engagement herzlich willkommen. Gleichzeitig ist aber auch ein intensiver Austausch mit Kommunen, Wirtschaft und anderen Akteuren von besonderer Bedeutung.

Das Zieljahr 2030, das für die internationale Nachhaltigkeitsstrategie angestrebt wird, ist auch für uns ein großer Orientierungspunkt. Gleichwohl muss immer wieder in gewissen Abständen überprüft werden, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Deshalb soll die Strategie alle fünf Jahre über die schon angesprochenen Fortschrittsberichte evaluiert und weiterentwickelt werden. Der erste Fortschrittsbericht ist für das Jahr 2020 geplant. Die kommende Landesregierung wird dabei natürlich noch einmal eigene Schwerpunkte setzen. Der Grundgedanke einer strategischen Evaluierung über alle Parteifarben und über mehrere Legislaturperioden hinweg, wird dabei hoffentlich Bestand haben.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herrn, liebe Akteure aus der Zivilgesellschaft, den Kommunen, der Wirtschaft und der Wissenschaft, sind Sie dran! Wir erbitten Ihre Ideen, Ihre Anregungen und natürlich auch Ihre Kritik.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier und jetzt das neue Webportal www.nachhaltigkeit.nrw.de starten. Über diese Seite erreichen Sie jetzt auch die Online-Konsultation zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie. Das Onlineformat von Open.NRW soll es Ihnen und allen Interessierten ermöglichen, Ideen zu platzieren und sich in den weiteren Prozess einzubringen. Machen Sie davon Gebrauch und erzählen Sie anderen davon. Bis zum 30. November 2015 nehmen wir im Rahmen der Konsultation Ihre Beiträge entgegen.

Ich kann Ihnen versprechen, dass alle Beiträge, die während der Konsultationsphase bei uns eingehen, aber auch Beiträge aus der heutigen Tagung, von uns entsprechend gewürdigt werden, und bin zuversichtlich, dass der Konsultationsendspurt zu einem guten Ergebnis führen und die Nachhaltigkeitsstrategie weiter verbessern wird. Ich bin gespannt auf Ihre Rückmeldungen und auf die Diskussion. Bleiben Sie der Nachhaltigkeit und der Nachhaltigkeitsstrategie in Nordrhein-Westfalen gewogen und machen Sie kräftig mit!

Herzlichen Dank.



Die Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion

Kurze Statements aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Diskussion mit **Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, und **Viktor Haase**, Abteilungsleiter nachhaltige Entwicklung im MKULNV NRW

Im Anschluss an die Präsentation der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen durch Minister Remmel nutzten zehn Akteure aus Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft die Gelegenheit, ihre Positionen zum Strategieentwurf im Plenum zu erörtern. In Drei-Minuten-Statements brachten die Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen der Gesellschaft vielfältige Ideen und Perspektiven ein.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, und Viktor Haase, Leiter der Abteilung nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, reagierten anschließend auf die Kurzstatements.

BLOCK I

Die Perspektive der Kommunen

Dr. Marco Kuhn, Landkreistag NRW, zugleich für den Städtetag NRW und den Städte- und Gemeindebund NRW

Ich möchte mich dafür bedanken, dass die kommunalen Spitzenverbände schon sehr intensiv in den bisherigen Prozess der Beteiligung eingebunden worden sind. Dieser Prozess verlief allerdings auf einem recht hohen Abstraktionsniveau. Das spiegelt sich auch in dem jetzt vorliegenden Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie wider. An dieser Stelle wären weniger Fachbegriffe oder Anglizismen sicher ein Gewinn. So wird denjenigen, die sich nicht täglich mit Fragen der Nachhaltigkeit befassen, der Zugang zu diesem wichtigen Themenfeld erschwert. Hinzu kommt, dass einige zentrale Ausführungen in dem Strategieentwurf wenig greifbar und abstrakt bleiben. Das macht es schwierig, aus dem Papier Impulse für konkretes politisches Handeln abzuleiten.

Meine erste These lautet daher, der Beteiligungsprozess und die darauf beruhende Nachhaltigkeitsstrategie sollten so ausgestaltet werden, dass der Zugang allen ermöglicht wird und nicht auf die „üblichen Verdächtigen“ beschränkt bleibt. Unabhängig davon können wir die Beschreibung der Herausforderungen der landesspezifischen Politikfelder weitestgehend nachvollziehen.

Allerdings erscheint uns – und das ist meine zweite These – die Schwerpunktsetzung in Kapitel B der Nachhaltigkeitsstrategie nicht durchgehend nachvollziehbar. Unseres Erachtens fehlt ein eigener Schwerpunkt Mobilität. Weiterhin vermissen wir die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Hier sehen wir im Strategieentwurf noch Ergänzungsbedarf.

Meine dritte These geht dahin, dass den Kommunen im Sinne einer nachhaltigen Politik auch eigene Handlungs- und Gestaltungsspielräume gelassen werden müssen. Tatsächlich wird aber an verschiedenen Stellen der Gestaltungsspielraum der Kommunen sogar eingeengt – weniger in der Strategie selbst als in unterschiedlichen Vorhaben des Landes. Als Beispiel möchte ich hier die Vorgaben der Landes- und Regionalplanung zum Flächenverbrauch oder eine mögliche Pflicht zur Aufstellung von Klimaschutzprojekten anführen. Mit solchen Vorgaben würde der falsche Weg beschritten. Denn der Erfolg von Nachhaltigkeitsbestrebungen hängt unseres Erachtens davon ab, dass sie aufgrund eigener Erkenntnisse und unter Berücksichtigung der ortsspezifischen Gegebenheiten realisiert werden. Das wäre der Garant dafür, dass solche Konzepte dann auch vor Ort in den Kommunen gelebt und umgesetzt werden.

Meine vierte und letzte These bezieht sich auf die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen.



Vertrat die Perspektive der Kommunen: Dr. Marco Kuhn.

Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen. Insofern ist es richtig, dass sich die Nachhaltigkeitsstrategie zu einem dauerhaft ausgeglichenen Landeshaushalt bekennt. Das reicht jedoch nicht. Wir sehen das Land auch in der Pflicht, für eine hinreichende kommunale Finanzausstattung zu sorgen.

Die zivilgesellschaftliche Perspektive

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) für das Fachforum Nachhaltigkeit

Ich spreche hier für das Fachforum Nachhaltigkeit. Das Fachforum Nachhaltigkeit ist ein Zusammenschluss von über 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit prozessualen und inhaltlichen Fragestellungen der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie befasst haben. Wir sehen, dass in dem nun vorliegenden Entwurf der Strategie zahlreiche Anregungen aufgenommen wurden, die wir in einer umfangrei-



Sprach aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive: Dr. Klaus Reuter.

chen Stellungnahme im vergangenen Jahr zum damaligen Diskussionspapier eingereicht haben. Positiv ist insbesondere hervorzuheben, dass dies die erste Nachhaltigkeitsstrategie ist, die sich auf die Einhaltung der „Planetary Boundaries“ bezieht und den Ressourcenschutz verankert. Es ist klar, dass sich die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie mit den Zielen der Agenda 2030 auseinandergesetzt hat und auch an die Bundesnachhaltigkeitsstrategie anschließt.

Dennoch sehen wir bei der Entwurfsfassung noch einigen Nachsteuerungsbedarf bei folgenden Punkten:

Zielsetzungen und Zeithorizont

Nach allgemeiner Definition sollten die Ziele der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie die SMART-Kriterien erfüllen und somit spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und zeitgebunden sein. Bislang erfüllen jedoch nur die Themenfelder „Klimaschutz & Energiewende“ sowie „Schutz natürlicher Ressourcen“ diese Kriterien. Angeregt wird, alle Ziele und Indikatoren auf das Jahr 2030 auszulegen.

Wechselwirkungen

Zwar werden bei den Handlungsfeldern gegenseitige Wechselwirkungen beschrieben und die Strategie hat den Anspruch, ressortübergreifend zu sein, allerdings besteht hier noch Verbesserungsbedarf. Noch folgt die Strategie zu sehr einem Ressortansatz, der die gemeinsame Dachstrategie nicht mit Leben füllt.

Implementationsmechanismen und Kapazitätsaufbau

Zur Umsetzung der Strategie sollten in ausreichendem Maße Mechanismen zur Implementation sowie institutionelle und personelle Kapazitäten zur Verfügung stehen. So sollte nachvollziehbar und transparent in den künftigen Haushaltsplänen herausgestellt werden, welche Beiträge zur Umsetzung welcher Nachhaltigkeitsziele eingestellt werden.

Nachhaltigkeit als Führungsaufgabe

Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip zu verankern. Damit wird Nachhaltigkeit aber auch zur Chefsache in den unterschiedlichen Ressorts und im Kabinett. Wünschenswert wäre es deshalb, dass der Staatssekretärsausschuss und das Kabinett kontinuierlich über die Fortentwicklung der Strategie beraten und entscheiden.

Mobilität

Das ist die größte inhaltliche Lücke aus unserer Sicht. Wer Schienen- und Radwege säht, wird Klimaschutz und Gesundheit ernten.

Die Perspektive der Unternehmen

Alexander Felsch, unternehmer nrw

Mit der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie macht sich die Landesregierung auf den Weg, den Rahmen für ein so-



Skizzierte die Sicht der Unternehmen: Alexander Felsch.

ziales, ökologisches und ökonomisches Nordrhein-Westfalen zu setzen. Dem ambitionierten Anspruch werden Sie gerecht, indem Sie die einzelnen Themen klar aufführen und die relevanten Aspekte aus unserer Sicht weitestgehend auch benennen. Diese Fokussierung kann hilfreich sein, um besonders drängende Themenfelder prioritär zu behandeln.

Ebenso wichtig ist aus unserer Sicht aber eine Verzahnung der Ziele zwischen den Ressorts und insbesondere auch zwischen den Ebenen – also zwischen dem Land, der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der europäischen Ebene.

Es wird immer deutlicher, dass in Umwelt- und Klimaschutzfragen Zielkonflikte auftreten. Diese Konflikte sind nicht nachhaltig. Ziel muss es vielmehr sein, dass Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie unter Bedingungen erreichen wollen, die die wirtschaftliche und industrielle Struktur in Nordrhein-Westfalen nicht nur erhalten, sondern stärken. Effiziente Produkte und Technologien made in NRW liefern bereits heute wesentliche Beiträge zum globalen Klimaschutz. Sie sind unverzichtbare Elemente einer erfolgreichen Nachhaltigkeitsstrategie.

Sie beabsichtigen, gemeinsam mit der Wirtschaft eine noch stärkere Spitzenposition beim Thema Nachhaltigkeit einzunehmen. Um dieses Ziel zu erreichen sind viele Anstrengungen in der Wertschöpfungskette erforderlich. Im Klimaschutzplan fordern Sie von uns technologische Sprünge statt technologischer Fortentwicklung. Mit anderen Worten bedeutet dies: Revolution statt Evolution. Für technologische Revolution braucht es aber nicht nur politische Ziele, sondern vor allem unternehmerische Freiheiten. Revolutionäre Technologien erfordern zur Umsetzung umfassende Investitionen. Nur bei einer anhaltend

hohen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Nordrhein-Westfalen gelingt es, dass diese Investitionen wieder in NRW getätigt werden.

Für das Gelingen der Nachhaltigkeitsstrategie fordern wir daher eine Willkommenskultur für Investitionen. Hierzu gehören Planungs- und Rechtssicherheit sowie Entwicklungspotenziale in der Fläche sowie auch für Großprojekte. Wir freuen uns auf den weiteren konstruktiven Dialog zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Erwiderungen auf Block I

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Land erfindet Nachhaltigkeitsstrategien nicht neu, sondern wir bauen auf die Erfahrungen der Kommunen und der Zivilgesellschaft auf. Auf das Thema Mobilität wurde bereits von unterschiedlichen Stellen hingewiesen. Hier sollten wir vielleicht insgesamt etwas ambitionierter sein.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Funktion meines Hauses hinweisen: Ich koordiniere für die Landesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie. Für die einzelnen Handlungsfelder sind die Ressorts verantwortlich. Da gibt es immer eine Wechselbeziehung. Ich lege Wert darauf, dass wir von Seiten des Umweltressorts anderen Res-

sorts nicht vorschreiben, was sie in die Strategie aufnehmen sollen. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier zu einem Diskurs kommen.

Bei der Flüchtlings- und Asylfrage weist die Strategie in der Tat eine Lücke auf. Ich würde es sogar noch etwas weiter fassen und für eine ambitionierte Ansiedlungspolitik plädieren. Hier muss sicherlich nachgeschärft werden.

Die Kommunen sind ein wichtiger Akteur, wenn es um die Gestaltung von Nachhaltigkeit geht. Deshalb ist die finanzielle Ausstattung auch besonders wichtig. Hier muss es zu Veränderungen im Länderfinanzausgleich kommen und ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr eine gemeinsame Linie mit allen Ländern und der Bundesregierung finden.

Ein Grundkonflikt bleibt, wenn es um politische Grundentscheidungen geht. Wenn wir zu emissionsfreier Mobilität kommen wollen, dann wird die Entscheidung nicht von den Mineralölkonzernen oder den Automobilbauern getroffen. Vielmehr muss es eine politische Leitentscheidung geben. Dennoch bleibt es immer ein Zusammenspiel von Vorgabe und dem Anreiz, zu neuen Entwicklungen zu kommen. Technologische Sprünge sind jedoch, da gebe ich Ihnen Recht, Herr Felsch, kapitalintensiv. Und das Wachstum, das Kapital für diese Investitionen generiert, muss größer sein als an anderer Stelle. Darüber werden wir sprechen müssen.

BLOCK II

Leitbild NRW 2030

Prof. Dr. Oscar Reutter, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Das Wuppertal Institut erarbeitet aus unabhängiger, wissenschaftlicher Sicht Analysen und Überlegungen zur Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen. Uns begleitet dabei ein Beirat aus nachhaltigkeitsrelevanten Projektakteuren: das Team Nachhaltigkeit. Dieses Team Nachhaltigkeit hat den aktuellen Entwurf der Landesregierung diskutiert und bewertet. Der bisherige Prozess zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wird insgesamt positiv und der aktuelle Entwurf als deutlich verbessert bewertet. Dennoch sieht das Team Nachhaltigkeit in einigen Punkten noch Verbesserungsbedarf.

Einen dieser Punkte möchte ich hier herausgreifen: Es geht um den einleitenden Abschnitt „Leitbild“. Einerseits begrüßt das Team Nachhaltigkeit, dass die Nachhaltigkeitsstrategie mit einem orientierenden Leitbild beginnt.



Beschrieb das Leitbild NRW 2030: Prof. Dr. Oscar Reutter.

Aber der Entwurf ist an dieser Stelle sehr kurz gehalten. Er vermittelt noch nicht anschaulich genug, wie eine erstrebenswerte Zukunftsvision für NRW 2030 aussehen könnte. Die Empfehlung des Teams ist ein Ausbau des Leitbildes: Es sollte ausführlicher und konkreter werden und dabei auch die Spezifika des Landes stärker aufgreifen und mehr Grundorientierung geben, um dadurch Mo-

tivation zu stiften, sich für die nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

Die Verbesserungsmöglichkeiten sollten genutzt werden. Eine ganz konkrete Möglichkeit zur Verbesserung bietet sich gleich heute Nachmittag im Themenform „Leitbild NRW 2030“. Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen in diesem Forum.

Die kommunale Ebene als wichtigste Umsetzungsebene

Marie Halbach, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

Durch die Beschlüsse der UN zur Agenda 2030 und den Sustainable Development Goals ist ein neuer Referenzrahmen für Nord und Süd gesetzt worden. Erstmals existieren nun globale Nachhaltigkeitsziele, die als Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft implementiert werden müssen. Deshalb freuen wir uns besonders, dass durch die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie nun auch verbindliche und ambitionierte politische Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung in NRW geschaffen werden.

Für die erfolgreiche Umsetzung und auch Weiterentwicklung muss die Strategie jedoch noch stärker der Tatsache gerecht werden, dass die kommunale Ebene die wichtigste Umsetzungsebene für eine nachhaltige Entwicklung ist. Dort, wo wir leben und arbeiten, produzieren und konsumieren, wird sich entscheiden, ob eine nachhaltige Entwicklung Alltagsgeschäft wird.

Damit Kommunen ihrer zentralen Rolle gerecht werden können, müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden:



Sprach für die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW: Marie Halbach.

1. Wir müssen Kommunen und lokale Akteure für die Nachhaltigkeitsstrategie gewinnen!

Die Landesnachhaltigkeitsstrategie wird langfristig nur Erfolg haben, wenn sie von den Kommunen und der Zivilgesellschaft in ihren Zielsetzungen akzeptiert und getragen wird. Hierfür bedarf es Überzeugungsarbeit und neuer Anreize. Das Land muss gegenüber den Kommunen unmissverständlich klarstellen, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht mehr als Add-on, sondern als Kerngeschäft – und damit integraler Bestandteil einer jedweden Entscheidung – verstanden werden soll.

Weiterhin sind wir davon überzeugt, dass Nachhaltigkeit aus dem stillen Strategiekeller heraus in die Öffentlichkeit muss. Es gibt genügend Beispiele auf Landes- und auf kommunaler sowie auf zivilgesellschaftlicher Seite, die in einer landesweiten und dauerhaften Öffentlichkeitsarbeit beworben werden können. Wir haben in den letzten Jahren einen Oberbürgermeister-Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen, veranstalten kommunale Nachhaltigkeitstagungen und arbeiten gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Verbänden im Fachforum Nachhaltigkeit, um der Nachhaltigkeitsstrategie bei den relevanten Akteuren eine stärkere Öffentlichkeit zu schaffen. Wir freuen uns, dass sich unsere Arbeit bewährt hat, explizit im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie erwähnt wird und auch künftig weitergeführt werden soll.

2. Wir müssen Kommunen befähigen, ihrer Rolle gerecht zu werden!

Deshalb wäre es wünschenswert, wenn der integrative Gedanke einer Nachhaltigkeitsstrategie in den Kommunen einen dutzenden Widerhall finden würde und vor Ort eigene kommunale Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet würden. Damit die nordrhein-westfälischen Kommunen – unabhängig von Ihrer Größe und finanziellen Situation – diesen Weg einschlagen können, braucht es neben einer fachlichen Unterstützung zusätzliche finanzielle Mittel.

3. Eine nachhaltige Entwicklung muss messbar werden – auch auf kommunaler Ebene!

Wir freuen uns, dass das Land sich nun auf ein umfassendes Zielsystem und einen Indikatoren-Katalog verständigen konnte. Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in NRW müssen nun auch auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden. Ein zwischen Land und Kommunen abgestimmtes Indikatoren und Reporting-System würde die gemeinsame Umsetzung erleichtern.

Als kommunales und zivilgesellschaftliches Bündnis wird sich die LAG 21 NRW weiterhin für ein Gelingen der Nachhaltigkeitsstrategie NRW einsetzen, Menschen zusammenbringen und jeden Tag neu dafür streiten, dass Nachhaltigkeit nicht länger eine Wahl, sondern ein Muss im politischen Alltagsgeschäft ist.

Gesellschaftliche Partizipation

Klaus Breyer, Evangelische Kirche von Westfalen

Das Wohlergehen aller Menschen in einer gesunden und intakten Umwelt unter Wahrung der planetarischen Grenzen – das ist das große Ziel dieser Nachhaltigkeitsstrategie. Dieses Ziel ist aller Mühe wert.

Der Weg zur Nachhaltigkeit ist jedoch keine gut ausgebaute Strecke. Er führt zum Teil durch wegloses Gelände. Deshalb ist nachhaltige Entwicklung auch kein 100-Meter-Sprint, sondern als kontinuierlicher Verbesserungsprozess und politische Daueraufgabe zu verstehen, die eine ebenso kontinuierliche Überarbeitung der Konzepte erforderlich macht und starke Partner bei der Umsetzung braucht. Somit sind Transparenz und eine breite zivilgesellschaftliche Partizipation auch zukünftig bei der Bewertung des Erreichten, bei Anpassung, Weiterentwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie erforderlich.

In der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie wird die zukünftige zivilgesellschaftliche Partizipation leider nur sehr grob beschrieben. Das ist ein Mangel. Ich halte die jährliche Nachhaltigkeitstagung und eine öffentliche Konsultation im Abstand von vier oder fünf Jahren für unzureichend, um eine echte strategische Beteiligung der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Im bisherigen Entwicklungsprozess wurden gute Erfahrungen mit der Einbindung externer Akteursgruppen gesammelt. Dieser Ansatz sollte konsequent beibehalten werden und in der Nachhaltigkeitsstrategie fest verankert. Relevante Akteursgruppen sollten kontinuierlich mit akteursgerechten Formaten in die Bewertung und Begleitung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen werden, etwa durch einen Nachhaltigkeitsbeirat, die Fortführung des Teams Nachhaltigkeit sowie des Fachforums Nachhaltigkeit. Auch sollte es besonderer Formate zur Einbindung Jugendlicher geben.

Zudem möchte ich an dieser Stelle noch einen Punkt unterstreichen, der mir sehr wichtig ist: Viele Menschen sind in den letzten Wochen und Monaten zu uns gekommen. Weitere werden folgen und viele werden bleiben. Die Integration und Inklusion von Geflüchteten wird eine große gesellschaftliche Aufgabe und ein wichtiges Feld nachhaltiger Entwicklung bleiben. Die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, der Umgang mit ihnen und die Integration sind große Aufgaben, die uns noch lange begleiten werden. Sie sollten daher explizit und nicht nur am Rande als besondere Herausforderung, als besonderes Schwerpunktfeld in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW aufgenommen werden. Es ist wichtig, dass wir hier auch einen Weg der Zuversicht gehen und nicht der Angst und des Beharrens.



Ein Plädoyer für gesellschaftliche Partizipation: Klaus Breyer.

Erwiderungen auf Block II

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Prof. Reutter, Frau Halbach und Herr Breyer, Sie alle drei stehen für Organisationen, die auch in der Vergangenheit schon aktiv an der Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen mitgewirkt haben. Deswegen werden wir Ihren Anregungen natürlich nachgehen. Wir werden nachbessern, wo es nötig ist. Wir werden versuchen, das Leitbild griffiger und verständlicher zu machen. Wir können ein Leitbild nicht von oben verordnen, sondern es ist notwendig, dass alle mitmachen. Seien Sie also versichert, Ihre Anregungen treffen auf fruchtbaren Boden.

Vor einem Punkt möchte ich allerdings ein bisschen warnen: Bei aller Verliebtheit in das Funktionieren technischer Strukturen, von Indikatoren und messbaren Erfolgen müssen wir doch auch ein wenig risikofreundlich werden und den Boden dafür schaffen, dass Menschen sich trauen, neue Wege zu gehen und dabei vielleicht auch mal einen Fehler machen. Diese Risikobereitschaft muss auch in den Prozess implementiert werden. Kurzum: Wir müssen jetzt anfangen, etwas zu tun.

Wir hier in Deutschland, wir können alles wunderbar ausarbeiten. Wir müssen lernen, gute Geschichten auch gut zu erzählen. Und wir müssen Marketing machen für all die vielen guten Dinge, die wir schon haben, und uns nicht auf das technische Gelingen von Prozessen fokussieren.

BLOCK III

Nachhaltiger Konsum

Petra Niesbach, Verbraucherzentrale NRW, Leiterin Gruppe Umwelt

Als Verbraucherschutzorganisation setzen wir uns natürlich besonders für das Thema nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile ein. Verbraucher sollen, so die Nachhaltigkeitsstrategie NRW, durch klimabewusstes Nutzungs- und Konsumverhalten zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Was wir als Verbraucherschutzorganisation dabei immer wieder feststellen: Es fehlen attraktive Angebote, insbesondere im Bereich Mobilität. Wir brauchen einen weiteren Ausbau von ÖPNV und Radwegen, sichere Fahrradabstellmöglichkeiten und bezahlbare Elektromobile für den Stadtverkehr.

Nach manchen Produkten muss man zudem erst mühsam suchen. Das Angebot von Getränken in Mehrwegflaschen zum Beispiel ist rapide zurückgegangen und bei einem Test konnten selbst Umweltpolitiker die Mehrweg- und Einwegverpackung kaum auseinander halten, da sie nicht eindeutig gekennzeichnet waren. In anderen Feldern gibt es Produkte, aber auch einen undurchdringlichen Label-Dschungel.

Mein erstes Fazit: Nachhaltiger Konsum muss die einfache Option sein. Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen müssen für Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Massenmarkt, d.h. leicht zugänglich und zu bezahlbaren Preisen, zu finden sein.

Mein zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf den Bereich Umweltwirtschaft. Da heißt es in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie: Umweltbewusstes Konsumverhalten generiert Nachfrage nach Produkten der Umweltwirtschaft. Das ist sicher richtig. Dennoch haben Konsumenten auch Erwartungen, was die Produkte und Leistungen der Umweltwirtschaft angeht. Wer seinen PC oder sein Smartphone zum Recycling zurückgeben möchte, für den muss auch der Datenschutz gewährleistet sein. Und er muss auch davon ausgehen können, dass die Produkte dann nicht hinterher auf zweifelhaften Deponien in Ländern der Dritten Welt landen. Wer ein abgasarmes Auto kaufen möchte und dann von Manipulationen wie bei VW erfährt, verliert das Vertrauen.

Mein zweites Fazit lautet daher: Nachhaltige Politikmaßnahmen und Unternehmensstrategien müssen sich an den Bedürfnissen des vertrauenden Konsumenten orientieren.

Nachhaltiger Lebensstil ist mehr als Recycling und der Kauf von Bioprodukten. Die im Kapitel „Ziele und Indikatoren“ genannten Kenngrößen müssen weiterentwickelt



Setzt sich für nachhaltigen Konsum ein: Petra Niesbach.

und um qualitative Richtwerte ergänzt werden. Wir müssen lernen, dass gutes Leben nicht automatisch mehr Konsum bedeutet. Deshalb lautet mein drittes Fazit:

Information und Bildung als Basis eines nachhaltigen Lebensstils müssen gefördert und das im Leitbild erwähnte „gute Leben“ muss weiter konkretisiert werden.

NRW zukunftsfähig umbauen

Stefan Rostock, Germanwatch e.V.

Ich spreche hier als Vertreter von Germanwatch, einer Bonner Umwelt- und Entwicklungsorganisation, und möchte kurz zu fünf Punkten der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie Stellung beziehen.

Die Chance zum zukunftsfähigen Umbau

Mit dem Entwurf eröffnet sich die Chance, NRW als Industrieland zukunftsfähig umzubauen. Sehr gut ist die Paral-



Will NRW zukunftsfähig umbauen: Stefan Rostock.

leilität zu den globalen Entwicklungszielen. Wichtig ist aber bei aller Ressortabstimmung, dass die Nachhaltigkeitsstrategie stärker Chefinnen-Sache in NRW wird.

Fossile Unternehmen in NRW – Haushaltsrisiken, Klagerisiken und Reputationsrisiken

Je stärker und je ambitionierter die Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt wird, desto mehr können sich diese Risiken minimieren lassen. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll stärker die Menschen in den Blick nehmen und die Chancen des Wandels herausarbeiten.

Themenschwerpunkt NRW und sein Emissionsreduktionspotenzial

Wir stehen vor der Weltklimakonferenz von Paris. Wir befinden uns in einem globalen, neuen Prozess. Es ist nach wie vor nicht plausibel, wie NRW – wie im Klimaschutzplan festgelegt und in der Nachhaltigkeitsstrategie wiederholt – mit seinem Reduktionsziel von minus 25 Prozent bis 2020 und minus 80 Prozent bis 2050 dazu beiträgt, die schärferen bundesdeutschen Ziele zu erfüllen. Die begonnene Debatte um die Stilllegung von Kohlekraftwerken wurde von der Bundesebene nach NRW getragen. Hier würden mehr Ambitionen NRW wirklich helfen und gut zu Gesicht stehen. Ein sicherer Fahrplan, die Kohleverstromung bis 2035, spätestens bis 2040, komplett zu beenden, ist aus klimawissenschaftlicher Sicht und aus Sicht der Hauptbetroffenen in den Ländern des Globalen Südens unbedingt notwendig. Ein entsprechend gestufter Ausstiegsplan aus der Kohleverstromung würde sich auch gut in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie machen. Zudem würde ein solcher Plan Investitionssicherheit schaffen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen nicht nachhaltigen Wirtschaftens am stärksten betroffen. Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung fordert, Lernende zu befähigen, sich selbst und die Gesellschaft, in der sie leben, zu transformieren. Diese politische Bildung für nachhaltige Entwicklung findet sich noch nicht in der Nachhaltigkeitsstrategie.

Zukunftsfähige Mobilität: Chancen für Elektromobilität im ÖPNV

Der Anteil des motorisierten Straßenverkehrs ist bei uns viel zu hoch. Wir brauchen mehr Öffentlichen Personennahverkehr. Wenn wir vom Ausbau der Elektromobilität sprechen, dann meinen wir von Germanwatch damit den Ausbau des elektrischen öffentlichen Nahverkehrs.

Nachhaltiges Wirtschaften

Prof. Dr. Estelle L. A. Herlyn, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.

Nachhaltigkeit wird nicht gelingen, wenn wir nicht die Rahmenbedingungen entsprechend ändern, und die heu-



Setzt sich für nachhaltiges Wirtschaften ein:

Prof. Dr. Estelle L. A. Herlyn.

tigen Marktkräfte wirken sicherlich gegen Nachhaltigkeit, zumindest in kurzfristiger Perspektive. Da gibt es noch den Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie. Umweltschädliche Subventionen müssten in der Nachhaltigkeitsstrategie auftauchen und abgebaut werden, wenn wir zu einer „Good Governance“ für Nachhaltigkeit kommen wollen.

Die erstmalig beim G7-Gipfel in Elmau verkündete Strategie der „Dekarbonisierung der Wirtschaft“ bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie nicht erwähnt. Das ist insbesondere deshalb problematisch, weil diese Aufgabe gerade für NRW besonders herausfordernd sein wird. NRW erzeugt 29 Prozent der deutschen Energie, verantwortet jedoch weit über 30 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen.

Eine offene Frage ist, wie die im Klimaschutzplan vorgesehenen Maßnahmen finanziert werden sollen. Schließlich muss neben der Ebene der Worte die Ebene der Finanzierung mitgedacht werden und in zielführende ökonomische und fiskalische Rahmenbedingungen münden. In der Strategie ist ein Nachhaltigkeitscheck für Landesprogramme vorgesehen. Damit ist die Ausgabenseite berücksichtigt. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte aber um einen Check der Einnahmenseite ergänzt werden. Hier sollte geschaut werden, welche Umweltabgaben sich implementieren lassen. Als Stichworte möchte ich nur kurz den Kies-Euro und die Stickstoffüberschussabgabe anführen.

Zuletzt noch ein Blick in andere Bundesländer. Dabei möchte ich insbesondere das Thema der Klimaneutralität aufgreifen. Bei diesem Thema denkt NRW zurzeit auf der Ebene der Landesverwaltung. Da sind andere Bundesländer schon weiter. Hessen beispielsweise verspricht, bis 2030 klimaneutral zu sein. Baden-Württemberg will bis 2040 auf Landesebene klimaneutral sein. Wie lässt sich das verwirklichen? Das lässt sich realisieren, indem man

die CO₂-Immissionen, die wir nicht vermeiden können, außerhalb NRW kompensiert. Das ließe sich zum Beispiel bei der Aufforstung umsetzen. Als temporäre Lösung zum Zeitgewinn für den Umbau forsten wir außerhalb NRW auf, zum Beispiel in Ländern des Südens, und tragen dort zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele bei. Darüber sollte in NRW einmal nachgedacht werden.

Demografischer Wandel und altersgerechte Quartiere

Susanne Tyll, LAG Wohnberatung NRW

Folgende Themen müssen in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW aufgenommen werden:

1. Wir brauchen eine schnellstmögliche barrierearme/-freie Anpassung der Bestandswohnungen an die Bedürfnisse der Menschen und die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention auf allen Ebenen. 93 Prozent der älteren Menschen wohnen in „normalen“ Wohnungen. Laut einer wissenschaftlichen Studie von Prognos könnte die öffentliche Hand nur durch Anpassung von Wohnungen 600 Millionen Euro im Jahr einsparen.
2. Wir brauchen dringend ein professionelles, unabhängiges und für die Menschen kostenloses Beratungsangebot zu allen Fragen von Wohnen, Dienstleistungen und Pflege in erreichbarer Nähe. Staatliche Aufgaben der Daseinsfürsorge dürfen nicht privatisiert werden. Wir sollten uns nicht abhängig machen von der Wohltätigkeit einzelner Bürgerinnen und Bürger, ob bei der Bildung, der Armutsbekämpfung, der Unterbringung von Flüchtlingen oder der Beratung.
3. Auch in NRW gibt es ländliche Räume, in denen ältere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in Eigentum leben. Sie wollen oder können nicht verkaufen, weil die Immobilienpreise in diesen Gebieten so niedrig sind, dass heute deutlich weniger zu erzielen ist, als sie vor 30 oder 40 Jahren investiert haben. Wir müssen daher nachhaltige Konzepte zur Stärkung dieser Räume entwickeln.
4. Parallel dazu brauchen wir dringend barrierearme/-freie Wohnquartiere mit ausreichenden Versorgungsmöglichkeiten und Dienstleistungen. Ohne Versorgung und Dienstleistung werden die Orte entvölkert.



Altersgerechte Quartiere sind ihr Thema: Susanne Tyll.

5. Die öffentliche Infrastruktur in den Quartieren muss erhalten bleiben. Dazu zählen städtische Bibliotheken, Schwimmbäder, Begegnungsorte etc.. Das heißt auch, dass Kunst und Kultur in der Kulturtopographie der Kommunen erhalten bleiben müssen.

Die Menschen wollen solange wie möglich in der vertrauten Umgebung bleiben. Deshalb müssen wir bezahlbare und barrierearme/barrierefreie Wahlmöglichkeiten des Wohnens im Wohnumfeld schaffen sowie ein möglichst barrierefreies Mobilitätsangebot. Das alles kann nur funktionieren, wenn wir Menschen beteiligen. Ein ganzheitlicher Blick ist hier wichtiger denn je.

Erwiderungen auf Block III

Viktor Haase, Leiter der Abteilung nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW

Das Thema „Nachhaltiger Konsum“ ist bereits Gegenstand der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und wird auch im Land diskutiert. Junge Menschen beschäftigen sich stark mit den Fragestellungen nachhaltigen Konsums, die Unternehmen setzen sich damit auseinander und es ist ein Thema der Landesregierung. Dennoch haben Sie Recht, Frau Niersbach: Der nachhaltige Konsum muss noch stärker in den Fokus genommen werden. Ein wichtiger Punkt ist dabei Ihre Anregung, dass Nachhaltigkeit die einfachere Option sein muss.

Das Thema Dekarbonisierung ist für Nordrhein-Westfalen sicherlich ebenfalls ein besonderes, Herr Rostock. Ich möchte auf das Klimaschutzgesetz hinweisen, das wir mit dem Zeithorizont 2050 auf den Weg gebracht haben. Es ist das erste Klimaschutzgesetz in Deutschland mit dem Ziel einer weitgehenden Dekarbonisierung am Ende des genannten Zeithorizonts. Das mag einigen nicht weit genug gehen, ist aber ein Schritt, den man nicht außer Acht lassen sollte. Zudem ist das Land NRW gerade dabei, erstmals einen Braunkohletagebau – Garzweiler II – zu verkleinern. Auch das ist eine Entwicklung, die international Beachtung findet.

Zur Frage der Bildung für nachhaltige Entwicklung möchte ich gerne Folgendes anmerken: Wir haben in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie Scharnierformulierungen zu diesem Punkt eingebaut. Zeitgleich haben wir auch eine eigene Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgelegt. Dabei ist es so, dass wir mit der Nachhaltigkeitsstrategie die Ziele beschreiben und in der BnE-Strategie auch erläutern, wie wir diese Ziele erreichen wollen.

Mit Blick auf die Daseinsvorsorge gebe ich Ihnen, Frau Tyll, völlig recht: Hier gibt es Aufgaben, die in öffentlicher Hand verbleiben sollen und nicht privatisiert werden dürfen. Auch die unabhängige Beratung ist für uns ein großes Thema. Und genau diese Beratung findet in den städtischen Quartieren bereits statt.



Nachdem Umweltminister Rommel die Diskussion aus Zeitgründen verlassen musste, beantwortete Abteilungsleiter Viktor Haase die Fragen der Anwesenden.



„Wirtschaft 2030 – Neue Perspektiven“

Impulsvorträge

Georg Fortmeier MdL, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag NRW

Prof. Dr. Reinhard Loske, Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke

Felix Weth, Gründer und Vorstand der Fairmondo eG

Moderation

Alice Berger, Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V.

Einleitung

Nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften ist ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen. „Hierfür benötigen wir neue Perspektiven, denn die heutigen, auf Wachstum und Konsum ausgerichteten Ansätze sind mit dem Umweltschutz und sozialen Aspekten oft nicht vereinbar“, betonte Moderatorin Alice Berger (Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V.) zu Beginn des Themenforums „Wirtschaft 2030 – Neue Perspektiven“. Gerade letztere Faktoren würden dabei in der Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Chancen der Digitalisierung

In seinem Vortrag machte Georg Fortmeier, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Landtag NRW, auf die Chancen der Digitalisierung aufmerksam: „Sie macht die Produktion durch Echtzeitvernetzung zwischen industriellen Prozessen ressourcenschonender und effizienter. Sie ermöglicht kostengünstigere Individualisierungen und



Im Gespräch mit Moderatorin Alice Berger: Felix Weth, Prof. Dr. Reinhard Loske und Georg Fortmeier MdL.

birgt enorme Potenziale für neue Produkte und Dienstleistungen.“ Zeitgleich verwies er auf den grundlegenden Wandel der Produktions- und Arbeitswelt: „Die Maßnahmen zum Ausbau der Digitalisierung dürfen nicht zu Lasten der Umwelt und der Arbeitnehmer geschehen.“ Beim Thema Industrie 4.0 sei Nordrhein-Westfalen bereits auf einem guten Weg. Zudem profitiere das Land von einer positiven Ausgangslage: Fortmeier sprach die ausgeprägte industrielle Tradition und ein innovatives Wirtschaftsgefüge in NRW an. Darüber hinaus hätte das Land strukturelle Veränderungen bereits in der Vergangenheit erfolgreich gemeistert.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft sei nun vor allem die Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche wichtig, denn: „Nachhaltigkeit bedeutet, Disziplinen übergreifend zu denken.“ Diese Erkenntnis habe Fortmeier im Rahmen einer Exkursion des NRW-Wirtschaftsausschusses nach Ostwestfalen-Lippe (OWL) gewonnen. Die aufstrebende Region gelte als Paradebeispiel nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, da dort die Vernetzung im Vordergrund stehe. So ist in OWL unter anderem Deutschlands größtes Spitzencluster angesiedelt, dem 174 Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen angehören. Die besonderen Erfahrungen beim Technologietransfer führten, so Fortmeier, zu einem Vorsprung der mittelständischen Unternehmen und seien ein Meilenstein für die nachhaltige Entwicklung NRW. Aufgabe der Politik sei es nun, Unternehmen für die Chancen der Digitalisierung und der Vernetzung zu sensibilisieren und das Hauptaugenmerk auf die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze zu legen. Dieser Prozess könne jedoch nicht von heute auf morgen erfolgen: „Wir haben noch einen weiten Weg vor uns.“

Neue Wirtschaftsformen

In den Industrieregionen sei in den letzten Jahren eine positive Bewegung hin zur grünen Ökonomie zu vermerken, jedoch bestehe in Sachen Ressourcenschonung nach wie

vor ein großes Nachholpotenzial, sagte Prof. Dr. Reinhard Loske. Grund dafür sei, so der Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke, ein sogenannter Rebound-Effekt: „Alle durch technische Innovationen erreichten Vorteile werden durch einen Wachstumseffekt wieder wettgemacht.“ So würden beispielsweise umweltfreundlichere Autos entwickelt, insgesamt gäbe es aber immer mehr Autos. „Auch die Digitalisierung hat ressourcenschonende und zugleich wachstumserhöhende Effekte“, so Loske. Es sei keineswegs sicher, dass wir allein durch sie ressourcenschonender leben und arbeiten. Allein durch technische Innovationen könnten die Nachhaltigkeitsziele Nordrhein-Westfalens nicht erreicht werden. „Es muss auch eine Minderung des Wachstumsdrucks erfolgen.“

Die These des Referenten lautet daher: „Wir müssen nicht nur über eine Welt der Effizienz, des Wettbewerbes und der Technologie reden, sondern auch über eine Welt der Kooperation, der neuen sozialen Praxis und der neuen Lebensstile.“ Nachhaltige Wirtschaftsformen wie der Ansatz der Share Economy wären hier von Bedeutung. Die Politik stehe in der Pflicht, die Gesellschaft beim Umdenken zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, wenn es zu entscheidenden Gabelungen kommt. „Politik kann soziale Innovationen nicht erzeugen, ihnen aber den Weg ebnen.“ Dabei könnten nachhaltige Ansätze aus der Nische heraus in den Mainstream geholt werden.

Die Gemeinwohl-Ökonomie

Irgendwo auf dem Weg von der Nische in den Mainstream befindet sich auch Felix Weth mit seinem Unternehmen Fairmondo eG. 2012 gründete er den Online-Marktplatz, der auf dem Modell der Genossenschaft 2.0 basiert und eine faire Alternative zu den Riesen der Branche darstellen soll. Für Weth ist es eine wichtige Frage der Zukunft, wie die Gesellschaft sich und ihre Unternehmen organisiert. In den letzten Jahren seien Organisationen geschaffen worden, die aufgrund ihrer internen Logik nicht mehr

kontrollierbar seien. „Wir werden keines der großen Probleme auf dem Weg hin zu einer fairen Wirtschaft lösen können, solange wir die Großkonzerne nicht entmachten“, verdeutlichte er seinen Standpunkt.

Weth forderte zum einen, den Genossenschaftsgedanken wieder aufzugreifen und eine breit aufgestellte Förderstrategie für soziale, wirtschaftliche Innovationen einzuführen, wie es sie für technologische Innovationen bereits gebe. Zum anderen setze er sich für eine verstärkte Auslebung der Gemeinwohl-Ökonomie ein, einem Wirtschaftsmodell, bei dem das Wohl der Gemeinschaft im Mittelpunkt steht. „Um zu definieren, was Gemeinwohl überhaupt ist, müssen die Bürger einbezogen werden“, sagte Weth. Viele Mittelstandunternehmen zeigten zwar die Bereitschaft, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, der Wettbewerb hindere sie aber daran. Ziel müsse es sein, dass Unternehmen die Maximierung ihrer Profite nicht über die Interessen der Gesellschaft stellen.

Diskussion

In der anschließenden Diskussionsrunde stellte Moderatorin Alice Berger die Frage, ob es in einer Gemeinwohl-Ökonomie überhaupt möglich sei, tragfähige Ergebnisse zu erzielen. Weth hält dies gerade auf Gemeindeebene für realistisch. Wichtig sei, den Menschen zu verdeutlichen, dass sie mitreden und auf Prozesse Einfluss nehmen können. Trotzdem bräuchten wir Experten, die sich in bestimmten Themenfeldern besonders auskennen und Entwürfe liefern. Auch Georg Fortmeier konnte sich vorstellen, dass dieses System funktioniert. „Allerdings muss dafür in der Gesellschaft noch viel Bewusstsein geschaffen werden“, so der Politiker.

Aus dem Plenum ergriff zunächst Rolf Weber, Sprecher der Lokalen Agenda 21 der Stadt Wetter (Ruhr), das Wort und übte Kritik am aktuellen Wirtschaftssystem: „Laut Artikel 24, Absatz 1, der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen steht das Wohl des Menschen im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens.“ Seines Erachtens nach stehe momentan jedoch eher die Maximierung von Gewinn im Mittelpunkt. Weber sah die Politik in der Pflicht, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: „Wenn die Wirtschaftsregeln nicht geändert werden, wird Nachhaltigkeit nicht funktionieren.“ Darüber hinaus beurteilte er die Bekämpfung des Lobbyismus als wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaft.

Nach Ansicht von Dr. Gregor Kaiser vom Forstbetrieb Vielfalt Wald ist Wirtschaftswachstum zweitrangig. Nachhaltigkeit bedeute, allen Menschen die gleichen Standards und den gleichen Ressourcenverbrauch zu ermöglichen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man auch überlegen, ob und wie sich Wirtschaft zurückentwickeln kann. Prof. Dr. Loske entgegnete, dass es weniger um

eine Zurückentwicklung der Wirtschaft als um die Wiedereinbettung der Ökonomie in Natur und Gesellschaft gehe.

Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, verwies darauf, dass die Wirtschaft eine wichtige Nachhaltigkeitsgröße sei: „Neben ökologischen und sozialen brauchen wir auch ökonomische Nachhaltigkeitsaspekte.“ Der Bankrott eines Unternehmens oder einer Volkswirtschaft sei nicht nachhaltig. Felix Weth argumentierte, dass Wachstumszwang kein Resultat wirtschaftlicher Nachhaltigkeit sei: „Ein Unternehmen kann auch wunderbar existieren, ohne permanent seine Umsätze zu steigern.“ Prof. Dr. Reinhard Loske hielt in diesem Zusammenhang einen Wiederaufgriff der Debatte über die ökologische Finanzreform für sinnvoll.

„Wir verbrauchen momentan zwei bis drei Erden.“ Jürgen Lindemann

Laut Jürgen Lindemann, dem Vorsitzenden des Klimabeirates der Stadt Ratingen, bleibe der Gesellschaft nichts anderes übrig, als sich zu beschränken. Fest stehe, dass momentan zwei bis drei Erden verbraucht werden. Das grundlegende Problem sieht er, wie Weth, in den großen Wirtschaftsplayern der Welt, die ein Interesse daran hätten, dass der Konsum so stark bleibe. Nur in Randzonen werde Nachhaltigkeit erlaubt, nicht aber im Mainstream.

Dr. Tanja Scheelhase von der EPEA GmbH brachte letztlich das Cradle-to-Cradle-Prinzip ins Gespräch. „Wichtig ist, die Produkte so zu designen, dass die Rohstoffe wieder in den Produktionskreislauf einfließen können.“ Auch Prof. Dr. Loske hielt dieses Konzept für einen interessanten Ansatz, der weiter verfolgt werden müsse.

Fazit

Das Themenforum machte die Chancen des technologischen Fortschrittes für eine nachhaltige Wirtschaft deutlich. Durch diesen alleine könnten die Nachhaltigkeitsziele Nordrhein-Westfalens jedoch nicht erreicht werden. Von großer Bedeutung sei zeitgleich die intensivere Implementierung neuer sozialer Wirtschaftssysteme, die bereits in großer Anzahl vorhanden seien – wie beispielsweise die Gemeinwohl-Ökonomie. Für diese Ansätze müsse in den nächsten Jahren verstärkt ein Bewusstsein in Gesellschaft und Unternehmertum geschaffen werden. Der Großteil der Diskutanten sieht dabei die Politik in der Rolle eines Wegweisers, nicht aber in der Rolle eines Befehlshabers.



„NRW und Deutschland vor der Pariser Weltklimakonferenz“

Impulsvorträge

Prof. Manfred Fischedick, Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie

Stefan Rostock, Germanwatch

Michael Theben, MKULNV, Abteilungsleiter Klima, Zukunftsenergien, Umweltwirtschaft

Rainer Deppe MdL, Vorsitzender des Unterausschusses Klimaschutz im Landtag NRW

Moderation

Dr. Hermann Ott, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie

Einleitung

Im Themenforum „NRW und Deutschland vor der Pariser Klimakonferenz“ beleuchteten Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam mit rund 40 Teilnehmern die Rolle des Klimaschutzes und der Energiewende auf der Weltklimakonferenz in Paris am 11. Dezember 2015. Darüber hinaus diskutierte die Runde lebhaft, wie das industriell geprägte Bundesland Nordrhein-Westfalen einen gewinnbringenden Beitrag für den Klimaschutz im Rahmen der SDGs leisten kann. Moderiert wurde das Plenum von Dr. Hermann Ott vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie gGmbH.

Erwartungen an die Pariser Weltklimakonferenz

Zunächst gab Stefan Rostock von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch in seinem Vortrag „COP 21 in Paris – quo vadis“ einen Überblick über den Verhandlungsstand vor Paris und skizzieren, welche Erwartungen unmittelbar mit der Weltklimakonferenz verbunden sind. „So viel vorne weg: Die aktuelle Lage sendet

positive Signale an den Verhandlungstisch. Weltweit verzeichnen wir sinkende Investitionen in die fossile Energie. Darüber hinaus sind 2014 erstmals in einem Jahr ohne Wirtschaftskrise die globalen Emissionen nicht angestiegen“, so Rostock.

Auf der Verhandlungsagenda in Paris stehen unter anderem die Themen Emissionsreduktion, Anpassungen an die Folgen des Klimawandels sowie daran anknüpfend zum ersten Mal auch der Umgang mit irreparablen Folgen des Klimawandels, zum Beispiel dem Untergang einer Insel oder einer ganzen Region. Darüber hinaus spielen die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) als Ansatz einer universalen Nachhaltigkeitsagenda eine gewichtige Rolle. Insbesondere Länder oder Regionen, die in der Umsetzung der definierten Nachhaltigkeitsziele eine Vorreiterrolle einnehmen, sollen mit ihren Best-Practice-Projekten bei der Weltklimakonferenz Gehör finden.

Zwei Grad Erderwärmung ist das Limit

Anders, als noch bei den UN-Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen, bei denen laut Rostock der „große Wurf“ ausgeblieben sei, sind in Paris die Nationen eingeladen, ihre Emissionsreduktionen vorher bekannt zu geben. „Es haben sich bereits viele Länder beteiligt“, sagte Rostock. Daran würden sich jedoch die Fragen anschließen, was die einzelnen Reduktionsbeiträge letztlich für den Klimaschutz bedeuten. Wie weit sind wir noch entfernt von einer Erderwärmung um zwei Grad, die sich die Weltgemeinschaft als Limit gesetzt hat? „Zentrales Ziel der Verhandlungen in Paris ist es daher, einen Pfad zu entwickeln, der die Welt unter die Zwei-Grad-Erderwärmungs-Marke bringt“, konstatierte Rostock. Weitere Ziele für den Klimaschutzexperten sind unter anderem die Schaffung eines rechtlichen Abkommens oder begleitenden Klimapakets sowie die Stärkung der internationalen Klimaschutzzusammenarbeit.

Wirtschaftssystem vollständig dekarbonisieren

Den von Stefan Rostock angesprochenen Pfad zur Zwei-Grad-Marke hat ein internationales Forschungsprojekt, an dem auch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie beteiligt ist, bereits entwickelt und getestet. Professor Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal Instituts, präsentierte in seinem anschließenden Vortrag die Kernergebnisse des sogenannten „Deep Decarbonization Pathways Projects“ (DDPP), an dem aktuell 16 wissenschaftliche Institutionen aus 16 Regionen in der ganzen Welt teilnehmen. Sie wollen zeigen, dass durch Dekarbonisierungspfade der Umstieg von der fossilen



Stellte ein internationales Forschungsprojekt zur Dekarbonisierung vor: Prof. Manfred Fishedick.

Energie auf CO₂-freundliche Energien möglich ist. „Wenn wir das 2-Grad-Erderwärmungsziel erreichen wollen, muss das Wirtschaftssystem bis spätestens zum Ende dieses Jahrhunderts vollständig dekarbonisiert werden“, forderte Fishedick. Die Ergebnisse des Projektes sollen auf der Weltklimakonferenz vorgestellt werden. Professor Fishedick nannte bereits im Themenforum erste verlässliche Zahlen: „Wenn die Welt den in den 16 Ländern entwickelten Dekarbonisierungspfadern folgen würde, dann ist eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 um 57 Prozent im Vergleich zu 2010 möglich“, so der Wissenschaftler. Voraussetzung dafür jedoch sei, dass Länder wie China, die USA, Russland und Indien mitziehen: „China muss bis 2025, spätestens aber 2030, den Turnaround schaffen.“

Um die genannten Emissionswerte auch zu erreichen, müssen laut Fishedick drei Strategien umgesetzt werden:

1. Signifikante Erhöhung der Energieeffizienz. Das heißt, aus der vorhandenen Energie muss mehr Wertschöpfung erzielt werden.
2. Dekarbonisierung der Stromerzeugung durch den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien
3. Klimaverträgliche Stromerzeugung

Diese Ziele gelten auch für Deutschland. Der Bundesrepublik sei es zwar gelungen, die Treibhausgasemissionen

2014 um 27 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Allerdings habe die Geschwindigkeit des Rückgangs in den vergangenen Jahren signifikant nachgelassen, so Fischeidick. War in den 1990er-Jahren noch eine jährliche Minderung von zwei Prozent zu verzeichnen, lagen die Werte in den 2000er-Jahren dieses Jahrhunderts nur noch bei knapp einem Prozent. „Das Ziel, bis 2020 insgesamt 40 Prozent der Emissionen gegenüber 1990 einzusparen, wird nicht erreicht werden“, prognostizierte Fischeidick. Zudem sprach sich der Wissenschaftler für den kompletten Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung aus. „Bis 2050 sollte die Stromerzeugung weitestgehend aus Erneuerbaren Energien gewährleistet werden“, so Professor Fischeidick.

Rolle NRWs im Klimaschutzplan integrieren

Von der internationalen über die nationale Ebene führte der Vortrag von Michael Theben, Abteilungsleiter im NRW-Umweltministerium, zum Thema „Klimaschutzplan NRW – Eckpunkte und nächste Schritte“ schließlich auf die regionale Ebene. „Als Land sind wir in einer Sandwich-Position“, so Theben. „Wir haben mit den Kommunen zu tun, sind aber gleichzeitig auch Empfänger von europäischem und nationalem Recht sowie eigenständig Agierende.“ Diese Rolle müsse auch der Klimaschutzplan transportieren, der 2016 vom Landtag verabschiedet werden soll. Die aktuelle Landesregierung selbst hat sich bereits zum Ziel gesetzt, bis 2030 klimaneutral zu sein. Das heißt zum Beispiel, dass in allen Räumlichkeiten treibhausgasfreie Energiequellen genutzt werden.

„Wir wollen zeigen, dass auch ein Land mit einer energieintensiven Industrie wie Nordrhein-Westfalen in der Lage ist, Wirtschaftswachstum zu generieren, aber gleichzeitig den Klimaschutz voranzutreiben.“

Michael Theben

Der Klimaschutzplan NRW verfolgt vor allem ein Hauptziel: „Wir wollen zeigen, dass auch ein Land mit einer energieintensiven Industrie wie Nordrhein-Westfalen in der Lage ist, Wirtschaftswachstum zu generieren, aber gleichzeitig den Klimaschutz voranzutreiben.“ Der Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie müsse aufgelöst werden, so Theben weiter. „NRW hat hier eine Schlüsselfunktion. Wir müssen diesen Spagat zwischen Wirtschaftswachstum und Klimaschutz auflösen und anderen Regionen Mut machen, das auch zu schaffen.“ Darüber hinaus hob Theben hervor, dass es gelungen sei, den Entstehungsprozess des Klimaschutzplans transparent zu gestalten und relevante gesellschaftliche Gruppen zu beteiligen. Insgesamt 430 Akteure und 230 Institutionen haben am Klimaschutzplan mitgewirkt. „Wir haben es hier mit einem der größten Beteiligungs- und Dialogprozesse zu tun, die es in Deutschland je gegeben hat“, so Theben.



Definierte die Rolle Nordrhein-Westfalens in der Klimaschutzpolitik: Michael Theben.

Diskussion

Die Vorträge der drei Experten boten im Anschluss eine gute Basis für eine lebhafte Diskussion. Die rund 40 Teilnehmer diskutierten vor allem den von Michael Theben definierten Zielkonflikt kontrovers: Sind Wirtschaftswachstum und Klimaschutz – insbesondere in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen – grundsätzlich miteinander vereinbar oder schließen sie sich gegenseitig aus? Der Vorsitzende des Unterausschusses Klimaschutz im Landtag NRW, Rainer Deppe (CDU), vertrat dazu eine klare Meinung: „Wir können uns Klimaschutz



Regte die Diskussion mit seiner These, Wachstum als Voraussetzung für Klimaschutz, an: Rainer Deppe MdL.

nur erlauben, wenn wir auch Wachstum haben. Es hat sich bereits gezeigt, dass wir trotz stark steigender Wirtschaft die Emissionswerte gesenkt haben.“ Plenumsteilnehmer und Umweltbeigeordneter in Neuss, Matthias Welpmann, setzte dem entgegen: „Selbst wenn wir klimaneutrales Wachstum hinbekämen, heißt das ja immer noch, dass wir andere Ressourcen verbrauchen, zum Beispiel Flächen oder Rohstoffe. Eine Kreislaufwirtschaft kann nur ohne Wachstum auskommen.“ Stefan Rostock von Germanwatch drückte es hingegen so aus: „Es ist ganz wichtig, Nordrhein-Westfalen als Industrieland zu erhalten. Mit dem Wachstumsparadigma, welches unseren Wirtschaftsmotor antreibt, können wir die Herausforderungen der Nachhaltigkeit aber nicht in den Griff kriegen. Daher sollten wir auch planen, wie ein Wirtschaften ohne Wachstum aussehen kann.“

Klimaschutzplan ist Pionierarbeit

Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer die Notwendigkeit eines eigenen Klimaschutzplans für NRW. „NRW braucht etwas eigenes“, so Manfred Fishedick. „Auf der übergeordneten Ebene wird der Handlungsrahmen festgelegt, in den Regionen wird er umgesetzt.“ Teilnehmer Jan-Niklas Gesenhues, Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Steinfurt, ist ebenfalls überzeugt von den Anstrengungen des Landes in Sachen Klimaschutz: „Mit dem Klimaschutzgesetz in NRW wird Pionierarbeit geleistet. Es definiert Klimaschutzziele und es ist für die Landesregierung im Prinzip eine moralische Instanz, diese auch einzuhalten.“ Diese Vorreiterrolle müsse NRW verstärkt nutzen – auch bei der Weltklimakonferenz in Paris. „Wir brauchen eine Allianz der Pionierstaaten und -regionen, die schneller vorangehen in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele“, sagte Moderator Hermann Ott abschließend.



Referierte über die Ziele und Inhalte der Weltklimakonferenz in Paris: Stefan Rostock.

Fazit

Mit Blick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz war sich die Runde einig, dass langfristige Pfade entwickelt und umgesetzt werden müssen, um die Zielsetzung einer maximalen Erderwärmung um zwei Grad auch zu erreichen. Neben der vorgestellten Dekarbonisierung müssen weitere Strategien wie eine stärkere Energieeffizienz zum Tragen kommen. Die anschließende Diskussion fokussierte sich auf Nordrhein-Westfalen und die Umsetzung seiner Klimaziele. Im Blickpunkt stand dabei der Zielkonflikt, ob NRW sowohl Wachstum generieren als auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.



„Leitbild NRW 2030“

Impulsvorträge

Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Maja Tölke, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Landesverband NRW

Gesche Hausin, Bund der Deutschen Katholischen Jugend Nordrhein-Westfalen – BDKJ

Alice Lechleitner, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Landesverband NRW

Jens Ohlemeyer, Lehrer, Natur- und Umweltschutzakademie (NUA) NRW; Schulen der Zukunft

Moderation

Dorothea Schostok, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Einleitung

„Wie wollen wir 2030 in NRW leben, wohnen, arbeiten, konsumieren und uns fortbewegen?“ Diese Frage stand im Zentrum des Themenforums „Leitbild NRW 2030“. Fünf kurze Impulsreferate skizzierten Visionen von NRW im Jahre 2030. Unter den rund 70 Teilnehmenden waren auch etwa 20 Jugendliche, die aktiv in die Kampagne „Schule der Zukunft“ eingebunden sind und ihre Arbeiten im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung präsentierten. Illustrator Dalibor Relic hielt die Redebeiträge noch während des Forums in einem sogenannten Graphic Recording fest. Die Anwesenden konnten die Erstellung des visuellen Protokolls in Echtzeit über einen Monitor beobachten.

Moderatorin Dorothea Schostok erläuterte zunächst die allgemeine Funktion von Leitbildern, bevor sie das Leitbild „Nachhaltiges NRW 2030“ einführte. Dieses war in den ersten vier Monaten des Jahres vom Wuppertal Institut zusammen mit externen wissenschaftlichen Partnern erarbeitet worden.



Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen 2030 – Das Leitbild

Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) stellte das Leitbild „Nachhaltiges NRW 2030“ inhaltlich vor und überreichte den Teilnehmenden eine Zusammenfassung der Analyse als Handout. Er lobte das Interesse der jungen Generation am Thema und betonte, dass die vorliegende Skizze eines Leitbildes für ein nachhaltiges NRW keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe.

NRW solle sich nachhaltig entwickeln – bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus. NRW folge in seiner Entwicklung den Leitprinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen Vernunft und der ökologischen Verantwortung. „Als bevölkerungsreichstes Bundesland und bedeutender Industriestandort muss NRW sich dabei seiner Verantwortung bewusst sein“, betonte Reutter. Dazu solle NRW vor allem seine historischen Erfahrungen für die Weiterentwicklung nutzen: Das Land habe mit Blick auf Wandlungsprozesse bereits einen vielfältigen Erfahrungsschatz, erklärte der Wissenschaftler und beschrieb eine Vision für die Zukunft des Landes:

Im Jahr 2030 werde NRW ein Zuwanderungsland mit Willkommenskultur sein. Das stärke Wirtschaft und Gesellschaft in NRW, da durch eine erfolgreiche Integration

neue Fachkräfte gewonnen und die Folgen des demografischen Wandels abgeschwächt werden können. Zudem werde NRW im Jahr 2030 ein moderner, dynamischer und innovativer Industriestandort sein: „Die Wirtschaft orientiert sich an sozialen und ökologischen Grundsätzen.



Skizzierte das Leitbild des Wuppertal Instituts für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen 2030: Prof. Dr. Oscar Reutter.

Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Ressourcen- und Energieeffizienz sowie nachhaltige Entwicklung insgesamt bilden einen entscheidenden Fortschrittsmotor für die Wirtschaft in NRW und sind ein Garant für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“, so Reutter. Erneuerbare Energien seien dabei in NRW ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Sie sicherten NRW nach der Beendigung der Steinkohleförderung und dem Rückgang der Braunkohleförderung den Status als Energieland.

Auch im Mobilitätssektor leiste NRW 2030 seinen Beitrag zur Nachhaltigkeit durch einen umweltschonenden Transport von Menschen und Gütern: Immer mehr Menschen würden dem motorisierten Individualverkehr den Rücken kehren und auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fußverkehr, Rad, ÖPNV) vertrauen. Im Jahr 2030 hätte NRW zudem anspruchsvolle Umweltziele in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität, Natur- und Artenschutz sowie Luftreinhaltung, Lärmschutz und Wasserqualität erreicht. Die Treibhausgasemissionen würden um mehr als 40 Prozent reduziert, der Flächenverbrauch verringert. Die Luft in NRW werde eine gesunde Lebensweise ermöglichen.

In diesem Wandlungsprozess wird NRW im Jahr 2030 deutlich vorangekommen sein, war sich der Referent sicher. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes soll umgesetzt und fortgeschrieben sein. Dabei handele es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe, die nicht von der Landesregierung allein gestemmt werden kann. Prof. Reutter: „Nur durch das gemeinsame Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Zivilgesellschaft, Kommunen, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft und Politik ist ein nachhaltiges NRW bis 2030 und darüber hinaus zu realisieren.“

Fairer Konsum und gute Arbeit

Maja Tölke vom Landesverband der Falken NRW skizzierte den Blick der Jugend auf ein nachhaltiges NRW 2030. Sie berichtete über das Jugendevent „Freischwimmen“, das im Rahmen des „Bündnis für Freiräume“ auf Initiative des Landesjugendrings Ende August Jugendliche aus unterschiedlichen Kinder- und Jugendverbänden in Köln zum Austausch versammelt hatte. Bei einem Workshop in einem Kölner Freibad standen die Themenfelder fairer Konsum sowie faire und gute Arbeit im Zentrum.

„Junge Menschen haben sehr konkrete Ideen von einer guten Gesellschaft“, betonte die Referentin für Jugendpolitik. Das Einkaufsverhalten Jugendlicher sei durchaus kritisch. Ihre Forderung: Gesellschaft und Wirtschaft müssen sich verändern, denn viele Menschen auf dieser Welt seien nach wie vor so arm, dass sie keine nachhaltigen Kaufentscheidungen treffen können. Auch mit Blick auf das Themenfeld faire und gute Arbeit sind sich die Jugendlichen ihrer Wünsche bewusst: „Sie möchten später eine Arbeit haben, die ihnen Spaß macht und die Zeit lässt für Freunde und Familie“, fasste Maja Tölke zusammen.



Skizzierte den Blick der Jugend auf ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen: Maja Tölke.

Von der Politik wünschten sich die Jugendlichen für die Zukunft größere soziale Gerechtigkeit – Stichwort „Reichensteuer“ – und grundlegende Veränderungen im Schulalltag. Die Schule setze Jugendliche zu sehr unter Stress. Die individuelle Förderung bleibe jedoch oft auf der Strecke. Abschließend forderte Maja Tölke eine gute Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW.

Stärkere Vernetzung der Jugendarbeit

Ein kritischer Konsum stand im Mittelpunkt des Impulsvortrags von Gesche Hausin (Bund der Deutschen Katholischen Jugend Nordrhein-Westfalen). Sie bat um eine verständlichere und jugendgerechtere Kommunikation der Leitbildinhalte und plädierte für eine bessere Vernetzung der Jugendarbeit. Die Jugendlichen seien beim Thema kritischer Konsum bereits aktiv – jetzt gehe es darum, dass sie auch gehört werden. „Wir konsumieren täglich viel und gerne. Und alles, was wir konsumieren, hat Auswirkungen und Folgen auf der ganzen Welt“, be-



Fordert eine nachhaltige Veränderung von Politik und Gesellschaft: Gesche Hausin.

tonte Gesche Hausin.

Sie skizzierte die Arbeit der Jugendverbände zum Thema wie folgt: Die Jugendverbände pochen auf die öko-faire Ausrichtung von Jugendhäusern und Veranstaltungen, machen den kritischen Konsum zu ihrem Jahresthema, publizieren Bildungsmaterialien und veranstalten Klimaschutztage oder Zukunftswerkstätten. Den Jugendlichen sei bewusst, dass es nicht ausreiche, Bio-Produkte zu kaufen, sondern dass Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ländern des globalen Südens nachhaltig verändert werden müssten. Eine nachhaltige Veränderung von Politik und Gesellschaft sei notwendig, so Gesche Hausin. Dabei werde die Vernetzung von Jugendverbänden innerhalb Europas eine immer wichtigere Rolle spielen.

Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Alice Lechleitner (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken) schilderte die Arbeitsbedingungen junger Menschen. Dabei zeichnete sie ein düsteres Bild der aktuellen Lage: „Das Risiko, in prekäre Arbeit zu kommen, ist für junge Menschen heute viel zu hoch.“ Ob mit oder ohne Abschluss und Berufsausbildung reiche das Einkommen oftmals nicht für ein würdiges Leben. Der Mangel an Geld schließe bestimmte Möglichkeiten der Beteiligung von Beginn an aus. Viele junge Menschen könnten sich die oftmals teureren Bio-Produkte schlicht nicht leisten. Diese Situation müsse sich bis 2030 in jedem Fall verändert haben.

Die Folgen prekärer Arbeit seien enorm, so Alice Lechleitner. Oftmals werde den Betroffenen die Anerkennung verweigert. Sie litten unter dem Leistungsdruck, der Freiräume beschneide und das Privatleben stark beeinträchtige. Bei vielen mache sich ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit breit. Sie würden unsicher, fühlten sich mehr und mehr ausgegrenzt.



Schilderte die Arbeitsbedingungen junger Menschen: Alice Lechleitner.

Im Namen der Jugendverbände forderte die Referentin mehr Ausbildungsstellen für junge Menschen sowie faire und gute Arbeit für alle. „Wir wollen eine Gesellschaft schaffen, in der wir für unsere eigene Zukunft und zum Nutzen der Menschen arbeiten. Das gemeinschaftliche Leben muss zur gemeinsamen Aufgabe aller werden“, fasste Alice Lechleitner zusammen.

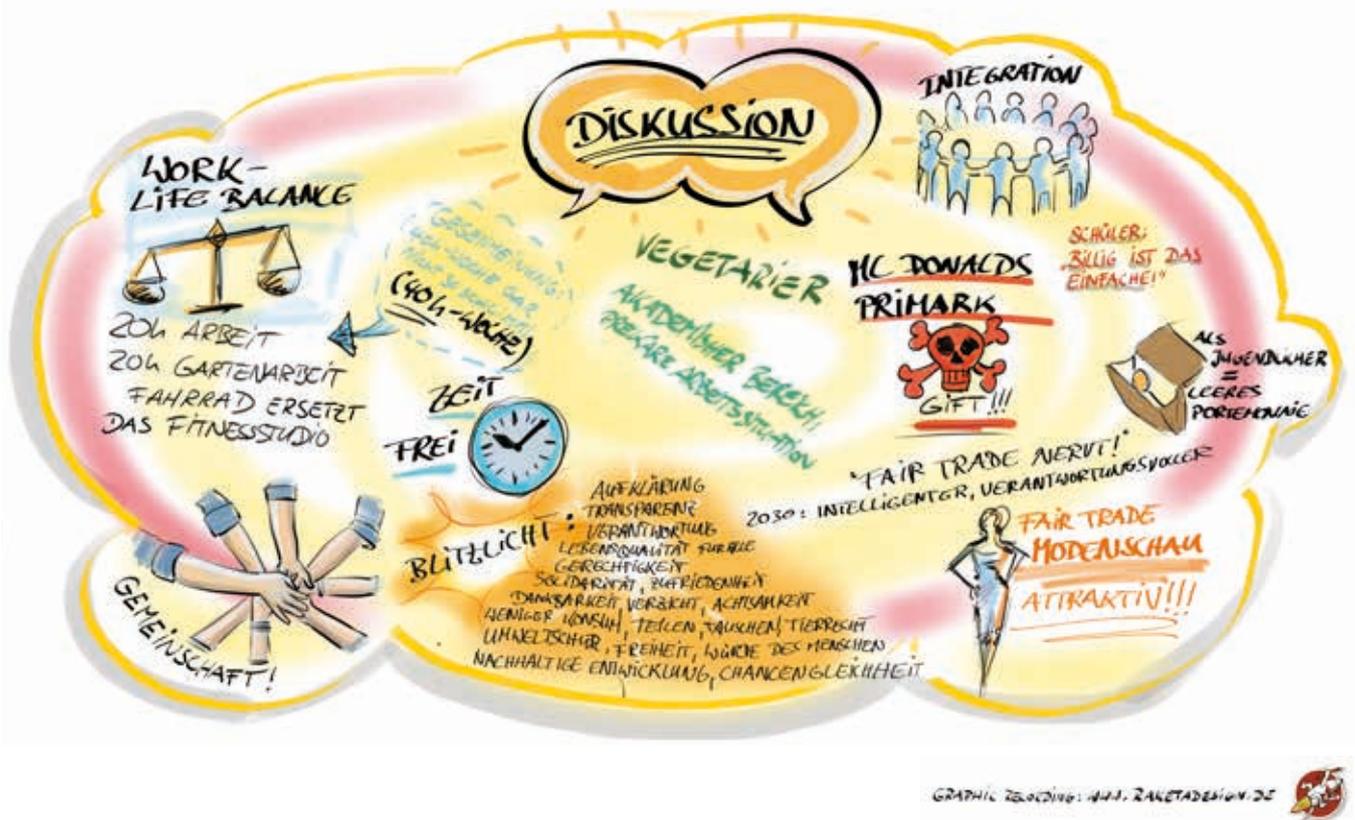


Stellte die Kampagne „Schulen der Zukunft“ zur Förderung von Bildung und nachhaltiger Entwicklung vor: Jens Ohlemeyer.

Die Kampagne „Schule der Zukunft“

Der Bielefelder Lehrer Jens Ohlemeyer stellte die Kampagne „Schulen der Zukunft“ zur Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BnE) in NRW vor. Die erfolgreiche Kampagne der Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) startet 2016 in die zweite Phase, nachdem sie in den Vorjahren bereits hunderte von Schulen für das Projekt begeistern und einige von ihnen auszeichnen konnte. Ziel der Kampagne ist es unter anderem, die öffentliche Wahrnehmung für BnE zu schärfen. Dazu werde eine regionale Vernetzung hergestellt und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern gefördert. Inklusion sei dabei ein wichtiges Thema.

Der Lehrer für Sport und Englisch beschrieb unterschiedlichste Facetten und Arbeitsbereiche der Auszeichnungsmöglichkeiten und berichtete über das geplante Vorgehen bis 2020. Das Spektrum der Themen, mit denen sich die Schülerinnen und Schüler auseinandersetzten, reicht von Projekten zur Wasserqualität von Flüssen über die Anlage von Streuobstwiesen bis hin zur Wertstofftrennung an Schulen. Zum Abschluss zeigte Jens Ohlemeyer das Gewinnervideo einer Schule, die bereits an der Kampagne „Schule der Zukunft“ teilgenommen hat.



Diskussion

Im Anschluss an die Impulsvorträge startet die Diskussionsrunde mit einer Reflexion der vorgetragenen Inhalte. Tobias Lüke, Mitarbeiter Corporate Social Responsibility bei Tedi, bezeichnet das Bild, das Alice Lechleitner von der Ausbildungs- und Arbeitssituation junger Menschen gezeichnet hatte, als zu pauschalisiert. Auch während der Ausbildungszeit sei eine vernünftige Work-Life-Balance möglich. Alice Lechleitner kommentierte, dass prekäre Arbeitsverhältnisse heute deutlich häufiger im akademischen Bereich als bei Ausbildungsberufen vorkämen und verwies auf die Gefahr einer permanenten Befristung von Arbeitsverhältnissen in bestimmten Arbeitsbereichen.

Jutta Profeit von der Transition Town Initiative Korschenbroich stellte eine Alternative zur 40-Stunden-Woche vor: 20 Stunden in der Woche arbeite sie gegen Geld. Die verbleibende Zeit investiere sie in soziale und private Projekte wie den Anbau von Obst und Gemüse oder das Halten von Bienen und Hühnern. Ihr Hauptfortbewegungsmittel sei das Fahrrad.

Maja Tölke betonte, wie wichtig die Beteiligung von Jugendlichen an der Erstellung eines Leitbildes sei. Darüber hinaus sollten auch benachteiligte gesellschaftliche Gruppen die Möglichkeit zur Mitwirkung erhalten.

Julia Steffens von der Landesarbeitsgemeinschaft 21 NRW (LAG 21 NRW) berichtete über das Planspiel „Süd-sicht“, das für die Zielgruppe „Kommunale Entwicklungs-

zusammenarbeit“ entwickelt wurde. Im Rahmen des Planspiels gehe sie in Schulklassen und wage dort den Perspektivwechsel. Wenn sie dort für Fair-Trade-Produkte werbe, ernte sie jedoch oft Unverständnis. Sie fragte die Jugendlichen des Themenforums, wie diese mit den Möglichkeiten des fairen Konsums umgehen und was es für sie bedeute, wenn Klassenkameraden McDonalds und Primark besuchen. Malek Schulz aus Bielefeld merkte an, dass es für viele Jugendliche mit begrenztem Budget einfacher sei, das Billige zu wählen. In diesen Fällen sei es schwierig, Argumente gegen den Einkauf bei Primark zu finden. Fair gehandelte Mode sei einfach zu teuer für die meisten Jugendlichen. Dabei stelle sich die Frage, wie Geschäfte, die mit Fair-Trade-Waren handeln, unterstützt werden könnten, um die Produkte billiger und attraktiver zu machen.

Jens Ohlemeyer, Lehrer an den Friedrich-von-Bodelschwingh-Schulen Bethel, berichtet daraufhin über Erfahrung aus der Klima-AG an seiner Schule und betonte, dass Fair-Trade-Ware attraktiver werden müsse. Er beschrieb die Relevanz einer allgemeinen Bewusstseinsänderung hin zu einem intelligenten, umweltbewussten und verantwortungsvollen Lebensstil. Einige Jugendliche seien bereits heute bereit, für den Mehrwert von Fair Trade auch mehr Geld auszugeben. Voraussetzung dafür sei, dass die Produkte auch bei Jugendlichen ansprechend präsentiert würden.

Fazit

Moderatorin Dorothea Schostok regte alle Teilnehmenden des Themenforums zum Abschluss an, ein Stichwort zum Thema Nachhaltigkeit zu nennen, das sie persönlich berühre.

„Was soll das Leitbild für ein nachhaltiges NRW im Jahre 2030 leisten? Es bietet den Startpunkt zur Veränderung von Strukturen und Verhaltensweisen in ökonomischer, ökologischer, sozialer aber auch kultureller Hinsicht. Nach dem, was ich heute hier gehört habe, ist die Nachhaltigkeit in NRW im Jahr 2030 ein erreichbares Ziel.“

Dorothea Schostok



Moderierte das Themenforum „Leitbild NRW 2030“: Dorothea Schostok.

Wie wollen wir in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2030 leben?

Genuss	Gleichgewicht	Work-Life-Balance	
vegetarisch leben	Partizipation	Mobilität	mehr Transparenz
bewusster leben	Verantwortung	Lebensqualität für alle Menschen	
Gerechtigkeit	Zufriedenheit	soziale Verantwortung	
Gemeinschaft	Frieden	Verzicht	Achtsamkeit Solarwirtschaft
internationale Solidarität	mehr Fläche für Tiere und Pflanzen		
Planetary Boundaries	globale Gemeinschaft	mehr Tierrechte	
Inklusion	Umweltschutz	weniger Geldgier	
reflektiertes Kaufverhalten	Freiheit		
Gleichberechtigung am Arbeitsplatz	Jute statt Plastik		
nachhaltige Entwicklung	Kultur	Nachhaltigkeit als Selbstverständnis	
Rationalität	Bewahren der Schöpfung	Fair Trade	



„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für eine nachhaltige Entwicklung

Impulsvorträge

Caroline Paulick-Thiel, Zivilgesellschaftliche Plattform
ForschungsWende, Berlin

Prof. Dr. Martin Mauve, Sprecher des Fortschritts-
kollegs „Online-Partizipation“, Universität Düsseldorf

Jochen Stiebel, Geschäftsführer „Neue Effizienz“ –
Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH

Moderation

Prof. Dr. Jürgen Howaldt, Leiter der Sozialforschungs-
stelle Dortmund (SFS), TU Dortmund

Einführung

Die Forschungsstrategie des Landes „Fortschritt NRW –
Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung“
legt den Fokus auf nachhaltige Entwicklungen in den Fel-
dern der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.
(weitere Informationen unter www.fortschritt.nrw.de). Das
Querschnittsthema ‚Wissenschaft und Forschung‘ ist an
allen fachlichen Themen der Nachhaltigkeitsstrategie be-
teiligt.

Im Mittelpunkt des Themenforums stand die inter- und
transdisziplinäre Forschung. Durch eine inter- und trans-
disziplinäre Forschung werden verstärkt Lösungen zu
komplexen Fragestellungen mit einem hohen Umsetzungs-
und Verbreitungspotenzial erwartet. Insbesondere
wurde die Frage diskutiert, wie gut Praxispartner aus Un-
ternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder

öffentlichen Verwaltungen auf eine aktive Teilnahme im Forschungsprozess vorbereitet sind und wie eine Einbindung auf Augenhöhe erreicht werden kann.

Transforming by Learning – Innovative Formate für gesellschaftliche Veränderungsprozesse

(Caroline Paulick-Thiel)

Die Zivilgesellschaftliche Plattform „ForschungsWende“ unterstützt den Aufbau einer transdisziplinären Forschungs- und Innovationspolitik mit den Zielen,

- Positionen der Zivilgesellschaft zu Wissenschaft, Forschung und Innovation zu entwickeln und zu stärken.
- Die Beteiligung der ZGO in Agendasetting, Programmentwicklung bis hin zur Projektdurchführung zu unterstützen.
- Einen Raum für deliberative Prozesse zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sowie Akteuren der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Die Erwartungen an die inter- und transdisziplinäre Forschung sind hoch. Durch kooperative Ansätze sollen neue Antworten und Lösungen für komplexe Fragestellungen der großen gesellschaftlichen Herausforderungen entwickelt werden. Das Angebot möglicher Formate und Methoden ist groß. Die Umsetzung transdisziplinärer Forschung hängt jedoch nicht nur von Formaten ab.

Um das Umsetzungs- und Verbreitungspotenzial wirklich auszuschöpfen, braucht es neue kulturelle und mentale Infrastrukturen. Denn eine disziplinenübergreifende Forschung ist eine Transformation des wissenschaftlichen Arbeitens, die mit individuellen und organisatorischen Veränderungen einhergeht.

Transdisziplinäres Forschen unter Einbindung von Praxisakteuren wie Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder öffentlichen Verwaltungen benötigt neue Prozesse, Infrastrukturen, Anreizsysteme und Formate und kann selber als „soziale Innovation“ bezeichnet werden. Um diese soziale Innovation zu gestalten, brauchen wir neue Formate des Lernens, die auf einem veränderten Verständnis und neuen Praktiken basieren.

In einem transdisziplinären Forschungsprojekt steht die Kooperation im Vordergrund und nicht mehr der Wettbewerb. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass das Erfahrungswissen vieler ein ganz anderes Potenzial birgt als das Wissen eines Einzelnen.

Offen ist bzw. diskutiert wird die Frage, wie genau eine Beteiligung von Praxispartnern aussehen kann. Konsens besteht darüber, dass es den perfekten disziplinenübergreifenden Prozess nicht gibt und dass die vorhandenen Strukturen nur bedingt mit den Erfordernissen einer transdisziplinären Forschung zusammenpassen. Wie Studien auf europäischer Ebene zeigen, ist es nicht immer wichtig, alle in alles einzubeziehen. Es werden aber mehr Kommunikation, Interaktion und Begleitung benötigt –



Wie die Gestaltung von disziplinenübergreifenden Prozessen gelingen kann, weiß Caroline Paulick-Thiel.

weg von Wörterbüchern und technischen Ansätzen hin zu Prozessen, bei denen die Beziehung der Menschen untereinander stärker im Mittelpunkt steht. Die Wissenschaftler stehen dabei quasi als Interface zwischen Nutzern und Entscheidern und müssen Wissen in beide Richtungen weitergeben (Wissenskommunikation).

Damit der transdisziplinäre Forschungsprozess gelingt, sind ein anderes „Projektdesign“, eine andere Prozessevaluation und -bewertung notwendig, die auf die unterschiedlichen Beteiligungsgruppen so abgestimmt sind, dass alle „mitgenommen“ werden. Das Tortendiagramm etwa, das für einen Wissenschaftler gut verständlich ist, ist nicht unbedingt das passende Modell, um Bürgerinnen und Bürgern Erkenntnisse zu vermitteln. Die Sprache muss einer inklusiven Prozessgestaltung angepasst werden. Neue Formen der Einbindung von Praktikern brauchen eine kompetente Begleitung.

Das Erfordernis einer neuen Form der Wissenskommunikation wird auf europäischer und nationaler Ebene zunehmend in den Forschungsförderprogrammen aufgegriffen. Es geht nicht mehr nur um eine Wissenschaft für die Gesellschaft, sondern mehr und mehr um eine Wissenschaft in und mit der Gesellschaft.

Zusammenfassend kann gesagt werden, wir brauchen eine Wissenskommunikation, die

- 1) **kooperativ ist:** Vertrauen und Miteinander sind wichtig.
- 2) **offen ist:** Der Zweck des Dialogs besteht nicht darin, den anderen von seiner (a priori falschen) Meinung abzubringen und zu belehren.
- 3) **informelles Lernen ermöglicht:** Die Regeln der Dialoge dürfen nicht von den innerwissenschaftlichen Akteuren vorgefertigt mitgebracht werden.

Appell: Hin zu neuen Governance-Strukturen, die vielfältige Orte der Wissensgenerierung und des Wissenstransfers ermöglichen.

Erfahrungen mit der Integration von Praxispartnern in das Fortschrittskolleg „Online-Partizipation“

(Prof. Dr. Martin Mauve)

Im NRW Fortschrittskolleg „Online-Partizipation“ forschen angehende und erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam mit Partnern aus der Praxis, um die Eigenschaften von Online-Partizipation besser zu verstehen und ihr Potenzial zielgerichtet zu erschließen. Dabei konzentriert sich das Fortschrittskolleg auf den besonders vielversprechenden Einsatz im kommunalen Bereich und stellt folgende leitende Fragestellung in den Mittelpunkt seiner Forschung: „Wie und unter welchen Bedingungen kann das Potenzial von Online-Partizipation auf kommunaler Ebene systematisch entwickelt, praktisch genutzt und wissenschaftlich evaluiert werden?“

Der spezifische Forschungsgegenstand des Fortschrittskollegs erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Diese wurde auf mehreren Ebenen realisiert:

- Gemeinsame Antragstellung zur Einrichtung des Fortschrittskollegs
- Gemeinsame Bestimmung der Promotionsthemen
- Gemeinsame Betreuung der Promovenden
- Regelmäßige, gemeinsame Workshops

Die enge Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft birgt eine ganze Reihe harter Herausforderungen. Im Fortschrittskolleg haben sich diese exemplarisch in folgenden Bereichen kristallisiert:

Unterschiedliche Ziele:

- Wissenschaft: „schwere“ Probleme als erstes lösen
- Praxis: zeitnah gute Lösungen für relevante Probleme finden

Praxispartner als Wettbewerber:

- Schwierigere Kommunikation aufgrund des Wettbewerbs der Praxispartner untereinander
- ... vor allem, wenn andere Praxispartner (potenzielle) Kunden sind



Berichtete über das Fortschrittskolleg „Online-Partizipation“:

Prof. Dr. Martin Mauve.

Umgang mit Daten:

- Wissenschaft: Zusicherung, Daten von heute auch für Publikation von morgen nutzen zu dürfen
- Praxis: Sicherheit, dass Daten nur angemessen genutzt werden

Im Fortschrittskolleg hat sich gezeigt, dass diese Probleme durch eine offene Kommunikation – jeder äußert klar und deutlich die eigenen Interessen – und darauf aufbauenden, transparenten Regeln, gelöst werden können. Insgesamt wird die enge Zusammenarbeit zwischen Praxis und Wissenschaft, auch wenn sie ein nicht unerhebliches Maß an Aufwand bedeutet, von allen Beteiligten des Fortschrittskollegs als große Bereicherung, ja sogar als notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Forschung in diesem Bereich wahrgenommen.

„Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis lohnt sich, gerade weil die Praxispartner Kenntnisse mitbringen, die der Wissenschaft fehlen. Zwar gibt es immer wieder Probleme, diese sind aber lösbar, wenn jeder seine Interessen deutlich macht und man gemeinsam nach Kompromissen sucht. Einen Preis hat die enge Zusammenarbeit indes: Sie kostet sehr viel Zeit.“

Prof. Dr. Martin Mauve, Sprecher des Forschungskollegs „Online-Partizipation“, Universität Düsseldorf

„Sustainable Insights“ – Kongress für Studierende und Werkstatt für verantwortungsvolles Wirtschaften

(Jochen Stiebl, Geschäftsführer der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz „Neue Effizienz“) Klimaschutz, Ressourcenschonung oder Energieeffizienz sind Themenfelder, die sowohl für Unternehmen als auch für die Wissenschaft besonders spannend und interessant sind. Vielfältige Ausschreibungen und Forschungsprojekte beschäftigten sich mit einer Nachhaltigen Entwicklung, die Landesregierung hat sie zu einer Leitidee von „Fortschritt NRW“ erklärt. Die Fragestellungen der Unternehmen, das „Pack-Ende“, um sich damit auseinanderzusetzen und den eigenen Betrieb bzw. das eigene Verhalten zu überprüfen, sind jedoch manchmal ganz andere als in doch recht komplexen Forschungsprojekten. Deshalb gehört es zu den Zielen der „Neuen Effizienz“, Wirtschaft und Wissenschaft auch mit ganz neuen und innovativen Formaten – interdisziplinär und anwendungsnah – zusammenzubringen.

Ein besonderes Beispiel ist der Kongress „Sustainable Insights“, der 2015 erstmalig und in Kooperation mit dem Team von Prof. Dr. Christine Volkmann, Universität Wuppertal, stattfand. Sie ist Inhaberin des Lehrstuhls für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung und wurde mit dem UNESCO-Lehrstuhl für Entrepreneurship und Interkulturelles Management ausgezeichnet.

Über 100 Studierende, junge Absolventinnen und Absolventen sowie Auszubildende aus ganz Deutschland und den Niederlanden lernten am 28. und 29. Mai 2015 engagierte Unternehmen nicht nur kennen, sondern entwickelten in so genannten Case Studies selbst eigene und praxisnahe Ideen. Im Mittelpunkt des ersten Tages standen ausgezeichnete Unternehmen der Region. Mit der Barmenia und der GEPA konnten gleich zwei Unternehmen gewonnen werden, die bereits mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet wurden. KNIPEX wiederum gewann u. a. im letzten Jahr den EISEN 2014 CSR-Award für nachhaltiges Handeln. Mit dem CSCP und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie waren auch zwei international anerkannte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen dabei. Am zweiten Tag gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Unternehmen und bearbeiteten dort praxisnahe Fragestellungen. Bei diesen Fallbeispielen gab es ein breit gefächertes Angebot: von Gebäuden über industrielle Produktion und Mobilität bis hin zu nachhaltigen Dienstleistungskonzepten. Studierende aller Fachrichtungen konnten ganz praktisch und auf Augenhöhe mit den insgesamt elf beteiligten Unternehmen an realen Fragestellungen der Wirtschaft arbeiten.

Die Neue Effizienz versteht Nachhaltigkeit als Diskurs, als einen Austausch zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Gesellschaft. Deshalb ist uns Kommunikation besonders wichtig. Alle Unternehmen stellten die Fragestellungen ihrer Case Studies im Vorfeld in einem Video vor. Der Kongress wurde intensiv über soziale Netzwerke beworben. Diese Plattformen bleiben erhalten. Viele Fotos, ein Video sowie eine Publikation – die gleichzeitig den Start einer Open-Access-Schriftenreihe begründet – dokumentieren den Kongress. „Sustainable Insights“ soll mehr sein als nur eine zweitägige Veranstaltung. Unser Ziel ist es, das entstandene Netzwerk von engagierten und fachkundigen Studierenden auch zwischen den Kongressen zu moderieren.

Der Kongress bietet einen Mehrwert für alle Beteiligten: Die Region präsentierte sich als innovativer und facettenreicher Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Unternehmen profitieren von neuen Ideen für mehr Nachhaltigkeit, Studierende wiederum lernen potenzielle Arbeitgeber und Möglichkeiten für Praktika kennen. Die Bergische Universität positioniert sich als Nachhaltigkeits- und Ressourceneffizienzuniversität und stärkt anwendungsnahe Forschung.



Sprach über die Möglichkeiten zur Beteiligung Studierender an der Gestaltung nachhaltiger Prozesse: Jochen Stiebel.

Das Interesse ist vielleicht auch deshalb so groß, weil es allen Beteiligten einfach Spaß macht. Der Kongress ist damit ein sehr gutes Beispiel, um bei Wissenschaftlern, Studierenden, Unternehmen und anderen Akteuren das Verständnis für transdisziplinäre Forschungsprozesse und ein breites Innovationsverständnis zu fördern. „Sustainable Insights“ wird 2016 wiederholt.

Fazit

Die Diskussion im Themenforum machte deutlich, dass die inter- und transdisziplinäre Forschung für alle Beteiligten ein Gewinn sein kann. Sie zeigte aber auch, dass es den perfekten Prozess nicht gibt und auf dem Weg hin zu einer stärkeren Einbindung von Praxispartnern noch viele offene Fragen zu beantworten sind.



„Wie messen wir Nachhaltigkeit? – Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren“

Impulsvorträge

Frank Hönerbach, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit / Vorsitzender des Interministeriellen Arbeitskreises Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung

Thomas Müller, Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) / Projektleiter „Nachhaltigkeitsberichterstattung“

Oliver Haubner, Senior Project Manager Bertelsmann Stiftung / Projektleiter „Monitor Nachhaltige Kommune“

Jens Elmer, Eine Welt Netz NRW / Koordinator des „Eine Welt“ PromotorInnen-Programms NRW

Moderation

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW)

Einleitung

Eine Vielzahl von Nachhaltigkeitsindikatoren auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen soll Fortschritte einer nachhaltigen Entwicklung messbar machen und Transformationsprozesse transparent darstellen. So haben die EU, der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen für ihre Nachhaltigkeitsstrategien Indikatoren festgelegt, an denen Zielvorgaben zumindest mittelfristig gemessen werden. Im regionalen und kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement dagegen fehlen diese noch vielerorts.

Doch wie lässt sich Nachhaltigkeit überhaupt messen? Was können formulierte Nachhaltigkeitsziele und definierte Indikatoren wirklich leisten? Welche Indikatoren sind sinnvoll und geeignet? Welche Datensätze stehen zur Verfügung? Diese Fragen stellten sich dem Forum nicht zuletzt vor dem Hintergrund der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und der Sustainable Development Goals (SDGs), die von den Vereinten Nationen für alle Staaten verbindlich verabschiedet wurden. Rund 40

Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über die Möglichkeiten, nachhaltige Entwicklung durch geeignete Indikatoren zu messen, zu lenken und darüber hinaus auf verschiedenen kommunalen und föderalen Ebenen vergleichbar zu machen. In den Fokus der Diskussion rückten dabei auch die Spannungsmomente zwischen rein quantitativen und qualitativen Messgrößen.

Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Eröffnet wurde das Forum mit einem Ausblick auf die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die genau einen Tag nach der NRW-Nachhaltigkeitskonferenz mit einer bundesweiten Dialogreihe ihren Auftakt nahm. Wichtige Bezugspunkte für die Überarbeitung sind unter anderem die SDGs der Vereinten Nationen. Dabei will die Bundesregierung die schon 2002 gesetzten Ziele und Indikatoren weiterentwickeln. Diese Aufgabe ist bereits deutlich vor der UN-2030-Agenda im Koalitionsvertrag formuliert worden.

Bundesweites Monitoring

„Anders als die meisten anderen Mitgliedsstaaten der UN, haben wir in Deutschland bereits ein bewährtes Nachhaltigkeitsmonitoring, das im Zuge des Rio-Prozesses und der Johannesburg-Konferenz entwickelt wurde“, betonte Frank Hönerbach, der die Arbeit des Interministeriellen Arbeitskreises Nachhaltigkeitsindikatoren in der Bundesregierung koordiniert. Seit fast zehn Jahren begleitet er als Referent im Bundesumweltministerium die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik und umweltpolitischer Strategien. Wie Hönerbach erläuterte, habe die nationale Nachhaltigkeitsstrategie seit nunmehr dreizehn Jahren Bestand. Das Statistische Bundesamt hätte in dieser Zeit fünf Berichte zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren vorgelegt. Jetzt gelte es, die 38 Zielgrößen der nationalen Strategie mit den 17 SDGs der UN abzugleichen und die nationale Handlungsebene mit den globalen Zielvorgaben zu verknüpfen. Drei Handlungsebenen stehen dabei im Fokus:

1. Wie steht es mit der Umsetzung in Deutschland und für Deutschland?
2. Was tut Deutschland in der Welt für die SDGs?
3. Wie fördert Deutschland in anderen Ländern die Umsetzung der SDGs?

Mit der Fortschreibung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie müssen auch Indikatoren neu bestimmt werden. Im Interministeriellen Arbeitskreis wurden dazu bereits Vorschläge aus allen Ministerien und Ressorts gesammelt, zudem Zielvorschläge des Rats für Nachhaltige Entwicklung geprüft. Diese und weitere Arbeitsergebnisse werden – gegliedert nach den 17 SDGs – zurzeit im Rahmen der Bundesregierung diskutiert. Der Dialogprozess mit der Öffentlichkeit zur Weiterentwicklung der nationa-



Hat das Berichtssystem und die Indikatoren zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie mitentwickelt: Thomas Müller.

len Nachhaltigkeitsstrategie startet am 29. Oktober in Berlin und wird mit vier Regionalkonferenzen in Dresden, Stuttgart, Bonn und Hamburg bis Mitte Februar 2016 fortgesetzt. Im Herbst 2016 soll die neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie dann verabschiedet werden.

Nachhaltigkeitsberichterstattung in NRW

Thomas Müller stellte das Berichtssystem und die Indikatoren zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie vor. Seit 2012 betreut Müller das Projekt Nachhaltigkeitsberichterstattung bei IT.NRW. Für die sieben Schwerpunkt- und 19 Handlungsfelder der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie wurden qualitative sowie quantitative Ziele definiert. Insgesamt sieht die Nachhaltigkeitsstrategie 55 quantitative Indikatoren vor, die den 19 Handlungsfelder zugeordnet sind. Außerdem sind elf weitere sogenannte Hintergrundindikatoren berücksichtigt.

Die Ziele und Indikatoren der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie orientieren sich weitgehend an denen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und dem dazugehörigen Indikatorenbericht aus dem Jahr 2014. Damit soll die Anschlussfähigkeit an die Nachhaltigkeitspolitik des Bundes und anderer Bundesländer sowie auf europäischer und internationaler Ebene sichergestellt werden. Für einige der auf Bundesebene verwendeten Indikatoren liegen allerdings keine länderspezifischen Daten vor. Somit galt es, für Nordrhein-Westfalen spezifische Messgrößen zu finden. Außerdem wurde das Ziel- und Indikatorenset für Nordrhein-Westfalen im Vergleich zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie punktuell ergänzt, um landespolitische Zuständigkeiten und Prioritäten abbilden zu können. Bereits berücksichtigt wurden auch die 17 SDGs, soweit diese Zuständigkeiten und Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen adressieren.

Nicht nur mit Blick auf die Weiterentwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Nachhaltigkeitsberichterstattung für Nordrhein-Westfalen ein kontinuierli-

cher Prozess. Müller betonte, dass Nordrhein-Westfalen das Indikatorenset laufend aktualisieren und fortschreiben wolle. Die Berichterstattung sieht einen zweijährlich erscheinenden Bericht mit Nachhaltigkeitsindikatoren vor, zudem ein Internetportal, in dem die Nachhaltigkeitsindikatoren präsentiert und jährlich aktualisiert werden.

Kommunale Indikatoren

Moderator Klaus Reuter betonte, dass Nachhaltigkeit nur mit allen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vorangebracht und weiterentwickelt werden könne. Dabei komme nicht zuletzt den Nachhaltigkeitsprojekten auf kommunaler Ebene eine Schlüsselfunktion zu. Diese leisteten einen wesentlichen Beitrag, um den Begriff der „Nachhaltigkeit“ mit Leben zu füllen und den Menschen vor Ort nahe zu bringen. Auf der politischen Agenda vieler Kommunen sei das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung mittlerweile fest verankert. Viele betrieben bereits ein umfangreiches Nachhaltigkeitsmanagement und dokumentierten dies über eine regelmäßige Berichterstattung.

„Indikatoren sollten nicht nur als reine Messgrößen, sondern vielmehr auch als strategische Steuerungsinstrumente genutzt werden.“

Oliver Haubner

Allerdings gebe es noch kein Instrument für ein bundesweites Nachhaltigkeits-Monitoring und die damit verbundenen Steuerungsaufgaben auf kommunaler Ebene. Hier setzt der „Monitor Nachhaltige Kommune“ an, den das Deutsche Institut für Urbanistik und die Bertelsmann-Stiftung derzeit in einem gemeinsamen Pilotprojekt entwickeln. Projektmanager Oliver Haubner stellte das gerade erst gestartete Projekt vor, das zunächst eine Erhebung unter allen Landkreisen, Städten und Gemeinden in Deutschland mit mindestens 5.000 Einwohnern vorsieht. „Wir wollen verschiedene kommunale Nachhaltigkeitsprozesse auswerten und auf dieser Basis 50 bis 70 Indikatoren identifizieren, die in der Praxis handhabbar sind“, erklärte Haubner. Ziel ist ein praxisgerechter Monitor, der Kommunen in ihrem Nachhaltigkeitsmanagement unterstützt. „Wir planen ein Baukastensystem, das den Kommunen für verschiedene strategische Ziele geeignete Indikatoren an die Hand gibt“, so Haubner weiter. Eine Gemeinde, die eine nachhaltige Familienpolitik anstrebt, soll mit Hilfe des Monitors ebenso geeignete Messgrößen finden wie eine Stadt, die sich als IT-Standort profilieren will. Der Monitor soll so praxisgerecht wie möglich gestaltet werden. Deshalb ist eine enge Kooperation mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden vorgesehen. Die Pilotphase zur modellhaften Entwicklung des Monitors ist bis Ende 2016 angelegt.

Diskussion

Aus der Perspektive des Eine-Welt-Netzes stellte Jens Elmer in seinem Statement Fragen nach der Aussagekraft statistischer Kennzahlen und den Möglichkeiten einer qualitativen Messung von Nachhaltigkeitsprozessen. Er begrüßte die ambitionierte NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, die jetzt schon die Maßstäbe der SDGs berücksichtige. Wichtig sei allerdings eine Ergänzung um den Komplex Mobilität und um die Integration der Flüchtlinge aus aller Welt.

Kritik übte Elmer an einer unzureichenden Differenzierung der Messgrößen. Ein Beispiel dafür sei der Indikator „Steigerung des Werts der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach NRW“. Elmer hält es für wesentlich, diesen Indikator nach Rohstoffen und fairen Produkten aufzuschlüsseln – denn Kohle aus Kolumbien, Coltan aus dem Kongo oder Palmöl aus Indonesien seien für eine nachhaltige Entwicklung kontraproduktiv. Beim Indikator „Substanzsteigerung des Fair Trade-Umsatzes“, fehlte Elmer die „logische Zuordnung einer möglichen Umsatzsteigerung zur NRW-Politik“, die sich beispielsweise durch Initiativen, die NRW für den fairen Handel initiiere, messen ließe. Ein weiterer Kritikpunkt war hier die unzureichende Ansprache an die Verantwortung der Wirtschaft. Nicht zuletzt müssten Indikatoren mutiger formuliert werden. So ermuntere das Land NRW Kantinen zwar zur nachhaltigen Beschaffung von Lebensmitteln, aber es fehlten konkrete Zielvorgaben zur nachhaltigen Ernährung.

Elmer mahnte zudem an, dass viele Indikatoren auch mit Finanzmitteln im Landeshaushalt hinterlegt sein sollten. Das etwa gelte für den Indikator zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Nicht nur mit Blick auf die Flüchtlingshilfe werde deutlich, dass ehrenamtliche Be-



Nachhaltigkeit darf nicht im Elfenbeinturm stattfinden: Jens Elmer.

treuung und Qualifizierung Geld koste und zudem hauptamtliche Betreuung brauche.

Schließlich schlug Elmer eine Reihe alternativer Indikatoren vor, um den Erfolg nachhaltiger Entwicklung messbarer zu machen. Dazu zählen könnten etwa die finanzielle Ausstattung für Eine-Welt-Programme, die Implementierung von Globalem Lernen und Programmen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung im Schulunterricht sowie die Beachtung von Menschenrechten und anderen Nachhaltigkeitsfaktoren in Förderrichtlinien und Ausschreibungen, vor allem bei der Weiterentwicklung des Tariftreue- und Vergabegesetzes.

Strategische Steuerungsinstrumente

Elmers kritische Anmerkungen führten in eine intensive Diskussion über die Entwicklung geeigneter Indikatoren. „Uns stehen zahlreiche Indikatoren zur Beschreibung einer nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung, aber es fehlen qualitative Messgrößen, die auch Transparenz und Vergleichbarkeit unter den verschiedenen Nachhaltigkeitsprozessen auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene möglich machen“, resümierte Moderator Dr. Klaus Reuter und gab damit zugleich einen Ausblick auf zukünftige Aufgaben.

Allerdings, so der Tenor im Forum, könne es ein vollständig durchgängiges Indikatorenset für alle föderalen Ebenen nur schwerlich geben, allein schon, weil Daten durch andere räumliche Bezüge zum Teil nicht mehr aussagekräftig sind oder sich methodisch nicht mehr eignen. Weiterhin verfolgten Staaten, Bundesländer und Kommunen zwar viele gemeinsame Nachhaltigkeitsziele, doch gebe es auch eine Vielzahl spezifischer Bedürfnisse, die in Nachhaltigkeitsstrategien, Zielformulierungen und die Aufstellung von Indikatoren notwendigerweise einfließen

müssten. Niedersachsen oder Schleswig-Holstein als Küstenländer hätten beispielsweise im Verkehrsbereich andere Ziele und Indikatoren als Bayern. Kommunen würden sich andere Aufgaben setzen als der Bund. Auf kommunaler Ebene wiederum dürften Indikatoren nicht zu einem Ranking führen. Reine Vergleichsmessungen könnten Kommunen auf hinteren Rängen entmutigen. Vielmehr müssten Indikatoren als strategische Steuerungsinstrumente nutzbar sein, nicht zuletzt um Nachhaltigkeitsprozesse zu initiieren und auszubauen.

Die Diskussion machte zudem deutlich, dass der Erfolg von Nachhaltigkeitsprozessen nicht allein von Indikatoren abhängt, sondern vor allem auch von der Akzeptanz in Wirtschaft und Gesellschaft. „Alle Menschen müssen in Nachhaltigkeitsprozesse eingebunden werden. Nachhaltigkeit darf nicht im Elfenbeinturm stattfinden“, betonte Jens Elmer. Ansatzpunkte dafür sahen die Teilnehmer unter anderem in der Jugend- und Bildungsarbeit.

Fazit

Indikatoren für nachhaltige Entwicklung dürfen nicht auf reine Messgrößen reduziert werden. Sie müssen vielmehr dazu beitragen, Leitbilder und Handlungsfelder zu konkretisieren, ein gemeinsames Verständnis von Nachhaltigkeit und den Austausch aller Akteure zu fördern. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, die Menschen vor Ort in Nachhaltigkeitsprozesse aktiv einzubinden. Das muss durch eine einfache Sprache und Öffentlichkeitsarbeit sowie Umsetzungsprojekte in allen Bereichen kommuniziert und gelebt werden.



Generationengerechtigkeit gelebt – Unsere Vision für ein nachhaltiges NRW 2030

Auftakt

Dr. Tanja Busse, Moderatorin, im Gespräch mit **Sylvia Löhrmann**, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes NRW

Einen besonderen Fokus legte die NRW-Nachhaltigkeitstagung 2015 auf die Perspektive künftiger Generationen. Nachdem erste Film- und Redebeiträge bereits am Morgen die Bedeutung nachhaltigen Handelns für junge Menschen betont hatten, erklärte auch NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann im Gespräch mit Moderatorin Tanja Busse, wie wichtig es sei, dass Kinder und Jugendliche erkennen, wie sie eine nachhaltige Entwicklung mitgestalten können. „Aus den vielen guten Einzelbeispielen, die zeigen, wie das Thema Nachhaltigkeit in Kommunen, an Schulen oder in Jugendverbänden angegangen wird, müssen wir eine systematische Gesamtstrategie ableiten. Ich finde, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen schon recht gut aufgestellt sind. Jetzt müssen wir unsere Kraft darauf richten, diese Nachhaltigkeitsstrategie zu verstetigen und zu systematisieren“, so die Ministerin.

Es reiche jedoch nicht, die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie aufzuschreiben. Nun sei es an der Zeit, die Nachhaltigkeitsstrategie mit Leben zu füllen. „Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir in den Bildungsinstitutionen – dazu zählen Kitas, Schulen, der gesamte Weiterbildungsbereich und die Hochschulen – die Leitlinien einer nachhaltigen Gesellschaft Schritt für Schritt verankern. Wichtig ist mir dabei, dass wir die Beteiligten motivieren und mitnehmen, damit die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu ihrer eigenen Sache wird“, erklärte Sylvia Löhrmann.

Die Landeskampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“, so die Ministerin, biete Schulen, Kitas und außerschulischen Partnern schon heute u. a. in über 30 Netzwerken die Möglichkeit der Kooperation und der Vernetzung. Im letzten Ausschreibungszeitraum haben sich fast 700 Schulen beteiligt. Vom Austausch der Praxiserfahrungen würden letztlich alle Beteiligten profitieren. Im Zusammenspiel werde aus dem Ganzen mehr als die Summe der Einzelteile: Es entstehe eine neue Qualität. „Die Ansätze dazu sind vielfältig. Die eine Schule entsie-

gelt ihren Schulhof, eine andere kümmert sich um ein Bienenvolk und produziert ihren eigenen Honig. Eine dritte Schule versucht, den Papierverbrauch drastisch zu reduzieren. Sie alle wollen dadurch dazu beitragen, dass die Zukunft gut wird“, beschrieb Löhrmann.

Wichtig war der Ministerin vor allem, dass die Vermittlung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie nicht auf das rein Kognitive beschränkt bleibe: „Wir müssen die Nachhaltigkeitsziele auch emotional anlegen. Kinder und Jugendliche müssen erleben, dass das, was sie im Kleinen im Sinne der Nachhaltigkeit tun, etwas auf der Welt verändert. Hier kommen die Begriffe der Gestaltungskompetenz und der Wirksamkeit ins Spiel. Wenn Kinder erkennen, dass sie selbst etwas tun können, dann erwächst daraus Zuversicht. Aus dieser Erfahrung kann eine große Strahlkraft erwachsen.“

Im Anschluss an das Gespräch mit Ministerin Löhrmann war im Plenum ein Film des Adolph-Kolping-Berufskollegs Münster über das Projekt „Helft den Bienen“ zu sehen.

Ein junges Podium stellte sich im Anschluss dem Thema „Generationengerechtigkeit gelebt – Unsere Vision für ein nachhaltiges NRW 2030“: Ihre Zukunftsvisionen diskutierten NRWs zweitjüngster Bürgermeister, Erik Lierenfeld aus Dormagen, der Essener Schüler Jan Lemke und Katharina Zink vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend NRW.

Podiumsdiskussion

Dr. Tanja Busse, Moderatorin

Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen

Jan Lemke, stellvertretender Schülersprecher der Gesamtschule Essen-Holsterhausen und Mitglied im preisgekrönten Klimarat der Schule

Katharina Zink, Referentin für Entwicklungspolitik beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend NRW (BDKJ)

Alle drei Podiumsteilnehmer stellten zunächst ihre ganz persönliche Zukunftsvision von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2030 vor.

Bürgermeister Erik Lierfeld erklärte: „Ich hoffe, dass ich 2030 durch Dormagen gehe – dann bin ich 44 Jahre alt – und eine Stadt sehe, die sich gewandelt hat. Wir werden dann eine sehr bunte Gesellschaft sein. Dank der Zuwanderung werden wir den demografischen Wandel ein Stück weit abmildern können, so dass wir uns 2030 nicht wie befürchtet mit einer völlig überalterten Gesellschaft konfrontiert sehen. Ich würde mir zudem wünschen, dass wir dann in Nordrhein-Westfalen soweit sind, dass sich junge Menschen noch mehr in Politik einbringen.“ Er selbst habe sich schon in jungen Jahren politisch engagiert, nachdem Jugendeinrichtungen in seiner Heimatstadt Dormagen geschlossen worden seien. Er habe sich beispielsweise für die Wiedereinführung des Dormagener



Über Zukunftsvisionen diskutierten: Jan Lemke, Dr. Tanja Busse, Erik Lierenfeld und Katharina Zink.

Umweltschutzpreises stark gemacht und dabei positive Erfahrungen mit der eigenen Gestaltungskompetenz gesammelt.

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen sei auch ein wichtiger Aspekt der Arbeit im BDKJ, erklärte Katharina Zink: „Aus diesem Grund wünsche ich mir für die Zukunft NRW, dass Kinder und Jugendliche nach ihrer Meinung gefragt werden, dass sie ernst genommen werden und die Möglichkeit der Mitbestimmung erhalten.“ Zudem wünsche sie sich für das Jahr 2030 eine Gesellschaft, in der die Menschen ein Bewusstsein für die Auswirkungen ihres Handelns entwickelt haben. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Ressourcen und ein kritischer Konsum würden für sie zu den Zielvorgaben gehören. „Fair gehandelte Produkte sollten im Jahr 2030 keine Nischenprodukte mehr sein. Faire Arbeitsbedingungen und Preise sollten dann Normalität sein“, so Katharina Zink. Darüber hinaus nehme die Bildung für nachhaltige Entwicklung schon lange eine wichtige Stellung als Querschnittsthema der Bildungsarbeit beim BDKJ ein.

Jan Lemke konnte bereits in der Vergangenheit mit dem Klimarat der Gesamtschule Essen-Holsterhausen Klimaprojekte realisieren, die gleich mehrfach mit Preisen prämiert wurden. Auch er geht von einer bunten Gesellschaft im Jahr 2030 aus. Er selbst wird dann 30 Jahre alt sein. „Ich hoffe auf eine tolerante Gesellschaft ohne Pegida. Wir in NRW sollten versuchen, uns weiter zu steigern, um ökologische, ökonomische und soziale Aspekte besser in Einklang zu bringen. Bei aller ökonomischen Steigerung müssen wir dabei stets darauf achten, unsere Umwelt nicht zu sehr zu belasten. Wir müssen die Grenzen unseres Planeten schützen“, betonte der Schüler. Er selbst wolle später nicht in einer Welt leben, in der Arten ausgestorben und Ressourcen endgültig verbraucht seien. Daher wünsche er sich den starken Ausbau regenerativer Energien. Der 15-Jährige appellierte zudem an die Zuhörer, selbst aktiv zu werden: „Jeder Einzelne kann viel be-



wegen. Wenn einer anfängt, kann er eine Bewegung starten. Der Klimarat an meiner Schule hat als kleines Gremium begonnen. Nie hätte ich daran gedacht, dass wir einmal so erfolgreich sein würden und beim Bundesumweltwettbewerb den Sonderpreis gewinnen könnten.“

Neben der Diskussion um die Visionen für ein nachhaltiges NRW im Jahr 2030 spielte vor allem das Thema Zuwanderung eine große Rolle in der Runde. Bürgermeister Lierenfeld erklärte: „Mit Blick auf die Zuwanderung sind wir jetzt als Kommunen gefordert. Wir können diese Aufgabe nur stemmen, indem wir die Menschen einbinden. Wir haben es in Dormagen geschafft, viele Ehrenamtliche in die Thematik einzubeziehen, und konnten damit gute Erfolge erzielen.“ Flüchtlinge müssten vom ersten Tag an als die neuen Nachbarn wahrgenommen werden. Parallelgesellschaften dürften erst gar nicht entstehen. Gute Sprachangebote und die Integration ins gemeinschaftliche Leben seien dafür entscheidend.

Zum Ende der Diskussion gaben alle drei Podiumsteilnehmenden der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ihre guten

Wünsche mit auf den Weg. „Ganz wichtig für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen ist, dass wir die Beteiligung der Menschen an den Anfang stellen. Auch Kinder und Jugendliche sollten von Beginn an ernsthaft beteiligt werden“, forderte Erik Lierenfeld.

Neben der Partizipation, so Katharina Zink, spiele vor allem die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den kommenden Jahren eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. „Zudem müssen wir uns verstärkt unserer Verantwortung bewusst werden. Unser Handeln hier hat Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens – das müssen wir uns stets vor Augen führen“, so die Referentin für Entwicklungspolitik.

Die großflächige Aufklärung sah Jan Lemke als den dringlichsten Auftrag im Umgang mit der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie: „Die Strategie existiert nun auf dem Papier. Jetzt geht es darum, die Inhalte publik zu machen. An den Schulen muss den jungen Leuten vermittelt werden, was in der Strategie steht. Dafür sollte sie auf ihre Grundsätze heruntergebrochen und vereinfacht werden.“



Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip aus Sicht der Landtagsfraktionen

Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen:

Norbert Meesters MdL, SPD

Rainer Deppe MdL, CDU

Norwich Rüße MdL, Bündnis 90/Die Grünen

Henning Höne MdL, FDP

Simone Brand MdL, Piratenpartei

Die Landtagsabgeordneten gaben zunächst eine erste Einschätzung zum Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ab. Norbert Meesters erklärte, seine Partei stehe für eine Politik der Nachhaltigkeit. Die SPD habe den Auftrag zur Entwicklung einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam mit dem Partner Bündnis 90/Die Grünen im Koalitionsvertrag verankert. Man habe sich zu einer Verbindung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten verpflichtet. Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreiches Industrieland erzeuge heute 40 Prozent des Stroms in der Bundesrepublik. 30 Prozent davon würden in NRW selbst verbraucht. „Wir sind Verursacher von Problemen, aber wir sind auch Teil der Lösung. Wir machen eine präventive, vorbeugende Politik und denken dabei an die künftigen Generationen“, so Meesters.

Die Nachhaltigkeit müsse stets die Anforderungen der jungen und der nachfolgenden Generationen im Blick behalten, erklärte Rainer Deppe (CDU) und bezog sich auf die Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs durch die Brundtland-Kommission: „Wir müssen den Bedürfnissen der heutigen Generation entsprechen ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Nach Ansicht Deppes sei man mit der Nachhaltigkeit ein ganzes Stück weiter gekommen. Er erinnere sich noch gut an den ersten Kongress im Jahr 2012. Damals habe er den Bereich Finanzpolitik angemahnt: Schließlich könne man nicht der Jugend von heute unsere Schulden überlassen. Bei der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung habe sich nun auch der Chef der Staatskanzlei zu einer nachhaltigen Finanzpolitik bekannt und dieser Aspekt sei in der Strategie festgehalten, was Deppe als positives Entwicklungssignal wertete. Es sei richtig, Ökologie, Ökonomie und den Sozialbereich insgesamt und wechselseitig zu betrachten.

Im Alltag der Politik kämen die Visionen für ein nachhaltiges NRW leider häufig zu kurz, mahnte Norwich Rübe (Bündnis 90/Die Grünen) an. Die Ausbalancierung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem sei häufig praktisch schwierig. Eine Ökonomie, die sich ausschließlich an Wirtschaftswachstum und monetärem Gewinn orientiere, sei für ihn nicht nachhaltig. „Wenn der Ressourcenverbrauch im Endeffekt nichts kostet und nur ökologisch angemahnt wird und wenn der Verbrauch von Arten umsonst ist und man ihn zwar bedauert, er aber nicht bezahlt werden muss, dann wird es schwierig, hier einen Ausgleich zu schaffen“, erklärte der Grünen-Politiker. Es müsse ein gesellschaftlicher Konsens erzielt werden, um die volkswirtschaftliche Art des Rechnens umzustellen auf das Rechenmodell einer Gesamtbilanz, bei der auch ökologische Schäden monetär berechnet würden. Die Entwicklungsgeschwindigkeit in puncto Nachhaltigkeit bezeichnete Rübe als „erbärmlich langsam“. Es müsse dringend Fahrt aufgenommen werden.

Die Nachhaltigkeit finde sich, so Henning Höne (FDP), schon sehr konkret in einigen Maßnahmen und Gesetzen wieder, zum Beispiel in der Biodiversitätsstrategie und beim Landesnaturschutzgesetz. Auch er mahnte die mangelnde Geschwindigkeit der Entwicklung an und bezweifelte die Gleichberechtigung der Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales. „Das Thema nachhaltige Finanzen taucht als Einzelpunkt am Ende des Strategiepapiers auf. Das ist dann aber mehr oder weniger alles, was die Strategie zum Themenkomplex Finanzen, Ökonomie und Wirtschaft zu sagen hat. Ich glaube, dass die Umsetzung so nicht funktionieren kann. Viele Maßnahmen, die wir im Bereich Soziales oder auch in der Ökologie umsetzen wollen, kosten Geld. Und dieses Geld müssen wir erst einmal irgendwo her bekommen“, betonte der FDP-Politiker.

„Es ist traurig, dass alle immer noch in Legislaturperioden denken. Das muss aufhören. Wir müssen einfach mehr Generationenprojekte wagen“, so der Appell von Simone Brand. Die Vertreterin der Piratenpartei forderte im Bereich Bildung ein fluides Kurssystem mit individueller Förderung. Das Engagement bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung müsse verstärkt, das Thema gelehrt werden, da nur der informierte Bürger richtige Entscheidungen treffen könne. Vor dem Hintergrund steigender Altersarmut und einer wachsenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse forderte sie ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Beim Thema Verkehr machte sich Brand für eine Verkehrswende stark. Dabei solle der ÖPNV im Mittelpunkt stehen: „Wir wollen den ticketlosen, nicht den kostenlosen ÖPNV.“ Beim Thema Energie stellte sie heraus, dass sich Nachhaltigkeit in der Energieversorgung nur mit erneuerbaren Energieträgern realisieren lasse. Die Dekarbonisierung bezeichnete sie als alternativlos.

Zentrale Themen der anschließenden Diskussion waren das Erreichen der Nachhaltigkeit durch erneuerbare Energien und der Wunsch nach Dekarbonisierung. Der Strukturwandel weg von der Steinkohle sei gelungen, erklärte Norbert Meesters und betonte: „Noch sind wir von der Braunkohleverstromung abhängig, aber wir haben den langfristigen Wandel im Koalitionsvertrag angelegt. Eine nachhaltige Politik in NRW kann jedoch nur gelingen, wenn wir die Akzeptanz der Gesellschaft haben. Wir dürfen keine sozialen Brüche herausfordern und Menschen zu Tausenden in die Arbeitslosigkeit treiben.“ Henning Höne von der FDP hingegen kritisierte die Subventionierung der Kohle und sprach die Folgeschäden des Kohleabbaus an. In puncto des sozial verträglichen Strukturwandels habe NRW Pionierarbeit geleistet, meinte auch Norwich Rübe. Es sei aber dennoch unbestreitbar, dass die Braunkohle im höchsten Maße klimaschädlich sei, so der Grünen-Politiker. Der Verlust von Arbeitsplätzen durch einen Ausstieg aus der Braunkohle sei ein Problem für die betroffene Region. Vergleichbar mit dem Arbeitsplatzverlust beim Steinkohleausstieg sei er aber in keinem Fall. Darüber hinaus würden gerade im Umweltbereich in den kommenden Jahren viele neue Arbeitsplätze entstehen. Aus Sicht von Simone Brand von den Piraten solle in die Nachhaltigkeitsstrategie ein Kohleausstiegsgesetz aufgenommen werden. Norwich Rübe widersprach: „Es heißt Nachhaltigkeitsstrategie und nicht rechtsverbindlicher Rahmen für Nachhaltigkeit in NRW.“ Dennoch sei es höchste Zeit, zu handeln: „Wir dürfen nicht beim Reden stehen bleiben.“

Rainer Deppe betonte, dass er den Pessimismus seiner Vorredner nicht teile. Ein hohes Wirtschaftswachstum, so der Christdemokrat, sei aus seiner Sicht auch bei sinkendem CO₂-Ausstoß möglich. Als Beispiel nannte er die Recyclingwirtschaft. Ihre Ausweitung würde sowohl das

Wirtschaftswachstum als auch einen sparsamen Ressourcenverbrauch voranbringen. „Mit der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft werden wir weiter kommen als wir bisher mit anderen Wirtschaftsmodellen gekommen sind. Wirtschaft und Ökologie müssen im Einklang miteinander vorangetrieben werden“, so Deppe. Jetzt sei es an der Zeit, die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie möglichst breit zu streuen, stellte Norbert Meesters heraus. Er kritisierte, dass nur wenige Vertreter der Industrieverbände bei der Tagung anwesend seien: „Ich weiß nicht, ob sie nicht eingeladen waren oder ob sie nicht gekommen sind, aber ich vermisse hier heute die Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften und der Landwirtschaftsverbände. Gerade vor dem Hintergrund des Dreiklangs aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem müssen diese Kräfte mit einbezogen werden.“

Zum Abschluss der Debatte bedankte sich Moderatorin Tanja Busse bei den Diskussionsteilnehmenden und wies die Zuhörer im Plenum noch einmal auf die Möglichkeiten der Teilnahme an der Online-Konsultation hin.



Ausblick: Feinschliff der Nachhaltigkeitsstrategie und Gemeinschaftswerk Umsetzung

Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, im Gespräch mit Moderatorin **Dr. Tanja Busse**.

Nach vielen Redebeiträgen, in denen der Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie von vielen Akteuren analysiert worden ist, bat Tanja Busse den Staatssekretär zunächst um eine Einschätzung der Reaktionen auf den Strategieentwurf. „Ich freue mich, dass wir mit der Nachhaltigkeitsstrategie bis heute an diesen Punkt gekommen sind. Wir arbeiten jetzt nahezu drei Jahre an diesem Papier und ich bin glücklich, dass wir zu einer Strategie mit konkreten Zielen und überprüfbaren Indikatoren gekommen sind“, entgegnete Peter Knitsch. Er habe viel Verständnis für die Forderungen nach weiteren Anpassungen. Er selbst wünsche sich in einigen Bereichen ebenfalls noch konkretere Zielvorgaben. So könne die Nachhaltigkeitsstrategie zum Beispiel im Bereich Mobilität noch ambitionierter werden.

„Die Rückmeldungen, die wir bis jetzt auf den Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie erhalten haben, sind überwiegend positiv. Ich freue mich sehr, dass viele Menschen in Nordrhein-Westfalen an diesem Prozess mitwirken. Auch die Tatsache, dass heute hier im Landtag gut 400 Menschen an der Tagung teilgenommen haben, zeigt, dass viele das Thema für wichtig halten und sich einbringen wollen“, erklärte der Staatssekretär. Jetzt hoffe er, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger an der Online-Konsultation beteiligen werden. Anregungen und Kritik sollen im Anschluss an den Konsultationsprozess ausgewertet werden und in den endgültigen Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie Eingang finden, bevor diese dann Anfang des nächsten Jahres verabschiedet wird.

Partizipation auf breiter Basis

Tanja Busse bat den Staatssekretär, näher auf das Thema Partizipation einzugehen. „Ein Beirat ist eine Möglichkeit, Partizipation sicherzustellen“, betonte er. „Ich sichere Ihnen zu, dass wir diesen sehr breit angelegten Prozess der Teilhabe auch in Zukunft weiterführen werden. Wir müssen sicherstellen, dass das Thema Nachhaltigkeit von vielen Menschen getragen wird. Die Teilhabe über einen Beirat ist eine Möglichkeit. Ich würde aber gerne noch einen Schritt weiter gehen: Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen dauerhaft auch bei der Umsetzung mit einbinden können und nicht nur einige wenige Sachverständige zu Wort kommen lassen“, sagte Peter Knitsch.

Als nächstes sei es nun von Bedeutung, Ziele nicht nur in die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie hineinzuschreiben, sondern die Strategie auch umzusetzen und sich den Zielen zu nähern, erklärte der Staatssekretär: „Ich habe Verständnis für die Skepsis einiger Menschen, die sich statt einer Strategie einen Katalog verbindlicher Maßnahmen wünschen.“ Dennoch biete auch die Strategie bereits viele bindende Maßnahmen. Der Klimaschutzplan beispielsweise sei eine Bündelung von mehr als 200 Einzelmaßnahmen und fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie. „Da wird zum Beispiel geregelt, wie viel Geld die Landesregierung pro Jahr für Klimaschutz-Maßnahmen ausgeben kann. Derartige Festlegungen sind absolut verbindlich und müssen eingehalten werden“, so Knitsch. Dennoch werde sich allein mit gutem Zureden nicht jedes Ziel realisieren lassen: „Die Umsetzung der Ziele wird die



Staatssekretär Peter Knitsch: Partizipation ist wichtig!

Aufgabe der nächsten fünf Jahre sein, und das wird nur mit gesellschaftlichem Druck gelingen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Papier für die Akteure im Land ein wichtiger Bezugspunkt wird.“

Der Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sei, so der Staatssekretär, ein Gemeinschaftswerk vieler Ressorts der Landesregierung: „Die Themen stammen bei weitem nicht nur aus dem Umweltbereich. Wir haben Schwerpunktthemen wie beispielsweise die nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung aus dem Städtebau- und Verkehrsministerium, und auch die nachhaltige Finanzpolitik ist ein wichtiger Aspekt. Jetzt gilt es dafür zu werben, dass Nachhaltigkeit nirgendwo als Bedrohung verstanden wird, sondern als ein Konzept, das auf alle Politikbereiche übertragbar ist und positive Zukunftsentwicklungen ermöglicht.“ Nachhaltigkeit müsse als Chance verstanden werden. Das werde die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Diese Aufgabe werde das Umweltministerium nicht alleine stemmen können. Daher sei die Umsetzung nur auf Basis einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung realisierbar.

5. NRW-Nachhaltigkeitstagung 2016 in Münster

Abschließend kündigte Tanja Busse den Termin der nächsten NRW-Nachhaltigkeitstagung an: Diese wird voraussichtlich am 29. September 2016 in Münster stattfinden.

Programm 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung

10:00 Uhr Begrüßung

Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags NRW
Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

10:10 Uhr Was folgt aus den neuen internationalen Nachhaltigkeitszielen für Nordrhein-Westfalen?

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes NRW

10:20 Uhr Präsentation von Ergebnissen der Jugendprojekte zur Nachhaltigkeit in NRW

u. a. mit Sarah Primus, Vorsitzende Landesjugendring NRW

10:30 Uhr Was folgt aus den neuen internationalen Nachhaltigkeitszielen für Deutschland, Europa und die deutschen Länder?

Podiumsdiskussion mit

Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung
Karl Falkenberg, Sonderberater für nachhaltige Entwicklung beim European Political Strategy Center der Europäischen Kommission
Werner Schmidt, Direktor für Umwelt und Regionalentwicklung der Europäischen Investitionsbank

11:20 Uhr Perspektive NRW 2030 – Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

11:35 Uhr Die Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion

Kurze Statements aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft mit anschließender Diskussion mit Minister Rimmel

12:45 Uhr Markt der Möglichkeiten

Zeit zum Netzwerken + kleiner Imbiss

14:00 Uhr Fünf parallele Themenforen

„Wirtschaft 2030 – Neue Perspektiven“

Moderation: Alice Berger, Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V.

Georg Fortmeier MdL, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag NRW

Prof. Dr. Reinhard Loske, Universität Witten-Herdecke

Felix Weth, Gründer und Vorstand von Fairmondo eG

„NRW und Deutschland vor der Pariser Weltklimakonferenz“

Moderation: Dr. Hermann Ott, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie gGmbH

Prof. Manfred Fishedick, Vizepräsident Wuppertal Institut

Stefan Rostock, Germanwatch

Michael Theben, MKULNV, Abteilungsleiter Klima, Zukunftsenergien, Umweltwirtschaft

Rainer Deppe MdL, Vorsitzender des Unterausschusses Klimaschutz im Landtag NRW

„Leitbild NRW 2030“

Moderation: Dorothea Schostok, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Prof. Dr. – Ing. Oscar Reutter, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Maja Tölke, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Landesverband NRW
Gesche Hausin, Bund der Katholischen Jugend Nordrhein-Westfalen – BDKJ
Alice Lechleitner, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Landesverband NRW
Jens Ohlemeyer, Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA); Schulen der Zukunft

„Fortschritt NRW – Forschung für nachhaltige Entwicklung“

Moderation: Prof. Dr. Jürgen Howaldt, TU Dortmund
Caroline Paulick-Thiel, Zivilgesellschaftliche Plattform ForschungsWende Berlin
Prof. Dr. Martin Mauve, Sprecher Fortschrittskolleg Online-Partizipation, Universität Düsseldorf
Jochen Stiebel, Neue Effizienz – Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz

„Wie messen wir Nachhaltigkeit? – Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren“

Moderation: Klaus Reuter, Geschäftsführer LAG 21 NRW
Thomas Müller, Landesbetrieb information und Technik NRW (IT.NRW)
Frank Hönerbach, Vorsitzender des IMA Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Jens Elmer, Eine Welt Netz NRW
Oliver Haubner, Bertelsmann Stiftung

15:30 Uhr Generationengerechtigkeit gelebt – Unsere Vision für ein nachhaltiges NRW 2030

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes NRW

anschließend Podiumsdiskussion mit:

Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen
Jan Lemke, Schüler an der Gesamtschule Essen-Holsterhausen
Katharina Zink, Bund der Deutschen Katholischen Jugend NRW

16:15 Uhr Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip aus Sicht der Landtagsfraktionen

Podiumsdiskussion mit

Norbert Meesters MdL, SPD
Rainer Deppe MdL, CDU
Norwich Rübe MdL, Bündnis 90/Die Grünen
Henning Höne MdL, FDP
Simone Brand MdL, Piratenpartei

17:05 Uhr Ausblick: Feinschliff der Nachhaltigkeitsstrategie und Gemeinschaftswerk Umsetzung

Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

17:15 Uhr Markt der Möglichkeiten mit Gelegenheit zum Netzwerken

(bis ca. 18:00 Uhr)

Gesamtmoderation: Dr. Tanja Busse

Evaluation

Mit den Tagungsunterlagen wurden Evaluationsbögen ausgegeben, um Anregungen für die Planung der nächsten Nachhaltigkeitskonferenzen zu erfragen. Insgesamt gingen 55 Rückmeldungen ein. Dies entspricht einer Rücklaufquote von rund 14 Prozent. 47 Personen, die sich an der Evaluation beteiligt haben, gefiel die Konferenz gut bis sehr gut. Lediglich 8 Personen fanden die Tagung weniger gelungen.

Die Qualität der Moderation wurde mehrheitlich als gut bewertet. Auch die Auswahl der Referenten wurde gelobt, wobei jedoch gleich mehrfach der Wunsch nach einer höheren Anzahl weiblicher Referentinnen laut wurde.

Der Markt der Möglichkeiten wurde insgesamt sehr positiv aufgenommen. Insbesondere der inhaltliche Austausch wurde hervorgehoben. Auch wurde der Markt als sehr innovativ gelobt. Einige Tagungsteilnehmende regten an, in Zukunft noch mehr Zeit für den Besuch des Marktes und den Austausch untereinander im Programm einzuplanen.

Die fünf parallelen Themenforen am Nachmittag wurden von allen als interessant und informativ bewertet. Vielfach wurden die inhaltliche Diskussion und die Art der Einbindung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gelobt.

Anders als in den Foren hätten die Veranstaltungsformaten im Plenum jedoch zu wenige Beteiligungsmöglichkeiten geboten. Eine stärkere Einbindung der Teilnehmenden durch Fragen sowie die Auswahl interaktiver Diskussionsformate, beispielsweise die Fishbowl-Diskussionsmethode, wurden ausdrücklich gewünscht. Das Publikum – und hier vor allem die Jugendlichen – solle künftig stärker in die Debatte eingebunden werden.

Insgesamt wünschten sich die Teilnehmenden mehr Raum für den Austausch untereinander und weniger Reden. Alle Vorträge sollten, so die Anregung eines Teilnehmers, durch PowerPoint-Präsentationen gestützt werden. Wie schon bei den Referierenden wird auch in den Diskussionsrunden ein höherer Frauenanteil gewünscht.

Ein allgemeiner Kritikpunkt war, dass die Tagung nur wenig neue Inhalte offeriert habe. Einigen Teilnehmenden war die Veranstaltung zu stark politisch aufgeladen. Für die Zukunft wird zudem eine größere Anzahl von Best Practice Beispielen gewünscht.

Die Rückmeldungen zum Catering sind so vielfältig, dass keine klaren Tendenzen erkennbar werden: Während einige auch für die Zukunft nur veganes Essen forderten, wünschten sich andere ausdrücklich „mehr Fleisch“ und eine größere Auswahl an Getränken.

Die Vielfalt der Teilnehmenden spiegelt sich auch in den Evaluationsbögen wider. Demnach stammen die 54 Teilnehmenden der 4. NRW-Nachhaltigkeitskonferenz, die einen Evaluationsbogen ausgefüllt haben, aus den folgenden Bereichen:

NRO:	11
Wissenschaft:	15
Verwaltung:	11
Wirtschaft:	7
Sonstiges:	11

Die Vertreter des Bereichs „Sonstiges“ gehörten unter anderem Schulen oder freien Interessensgruppen an.

Die Verteilung nach Geschlechtern:

Männer:	24
Frauen:	29
Transgender:	2

Die Veranstalter freuen sich über die zahlreichen konstruktiven Rückmeldungen und Anregungen hinsichtlich Inhalt und Struktur der Tagung und werden das Feedback der Teilnehmenden bei der Planung der kommenden NRW-Nachhaltigkeitstagungen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch berücksichtigen.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Den Nachhaltigkeitsgedanken in Nordrhein-Westfalen stärker zu verankern, ist das erklärte Ziel der NRW-Nachhaltigkeitstagungen. Deswegen wurde auch bei der Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Tagung auf eine nachhaltige Vorgehensweise geachtet. Richtschnur war dabei der Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU).

Einladungsmanagement

Um schon zu Beginn der Veranstaltungsorganisation Ressourcen zu sparen, wurden keine gedruckten Einladungen versendet. Durch den digitalen Versand wurden Ressourcen (Papier, Druck, Transport) geschont. Auch die aktuellste Programmversion wurde nicht verschickt, sondern war stets auf der Webseite einsehbar.

Drucksachen

Für alle im Rahmen der Veranstaltung erstellten Drucksachen wurde mit dem Siegel „Blauer Engel“ zertifiziertes Papier/Pappe verwendet. Wo möglich, wurde auf doppelseitigen Druck in Schwarz-Weiß zurückgegriffen. Auf den Druck der Teilnahmeliste und des Strategiepapiers für alle Tagungsmappen wurde verzichtet. So konnten mehrere tausend Seiten Papier eingespart werden. Stattdessen lagen Ansichtsexemplare an der Registrierung aus. Die Teilnahmeliste und das Strategiepapier wurden auf der Website veröffentlicht.

Anreise

Die Hauptumweltbelastung bei Veranstaltungen fällt in der Regel bei der Hin- und Rückreise der Gäste an. Hierauf haben Veranstalter und Vorbereitungsteam in der Regel nur einen begrenzten Einfluss. Deshalb wurde mit dem Landtag ein Veranstaltungsort gewählt, der bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen war. Um den Teilnehmenden eine problemlose An- und Abreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, wurden Veranstaltungsbeginn und -ende entsprechend terminiert. Damit die Teilnehmenden ihre Reise zur Konferenz umweltschonend planen konnten, wurden bereits im Vorfeld Informationen zur Benutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel auf der Konferenz-Homepage publik gemacht.

Bei der Online-Anmeldung wurden die Teilnehmenden befragt, wie sie anreisen werden. 402 Personen beteiligten sich an der Umfrage. Sie machten folgende Angaben zum voraussichtlich genutzten Verkehrsmittel und der Reisedistanz, (wobei die Reisedistanz nicht von allen ausgefüllt wurde):

- Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: 270 Personen (insgesamt ca. 38.932 km)
- Anreise mit PKW: 87 Personen (insgesamt ca. 8.237 km)
- Anreise mit Fahrrad: 26 Personen (insgesamt 177 km)
- Anreise zu Fuß: 19 Personen (insgesamt 46 km)
- Anreise mit dem Flugzeug: 0 Personen (insgesamt 0 km)

Namensschilder

Die Teilnehmer erhielten an der Registrierung u. a. ein Namensschild aus Plastik. Zunächst mag dies nicht sehr umweltschonend erscheinen. Auf den zweiten Blick sieht dies anders aus: Denn Wiederverwendung schlägt Recycling in der Ökobilanz. Daher wurden die Badges in bereitgestellten Boxen wieder eingesammelt. Die Mehrzahl der Namensschilder wurde von den Teilnehmenden zurückgegeben und wiederverwendet.

Catering

Im Rahmen der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung wurde nur ein sehr eingeschränktes Catering in Form von Kaffee, Tee, Wasser und belegten Brötchen angeboten. Das Angebot an Speisen und Getränken war vegetarisch und saisonal ausgerichtet. Kaffee und Tee waren Fair Trade-zertifiziert. Zudem wurde Leitungswasser in Karaffen statt Mineralwasser angeboten. Die in der Küche entstandenen biologischen Abfälle werden durch den Entsorger zu Biogas und Kompost verarbeitet.

CO₂-Vermeidung, -Verminderung, -Kompensation

Alle im Zusammenhang mit der Veranstaltung dennoch entstehenden CO₂-Emissionen werden in Zusammenarbeit mit der EnergieAgentur.NRW erfasst und unter Verwendung von CO₂-Zertifikaten kompensiert.

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung sind nach unseren Berechnungen 7,02 Tonnen CO₂-Emissionen entstanden. Diese werden unter Verwendung von JIM.NRW-Zertifikaten kompensiert. JIM.NRW ist ein nach den Regeln des Kyoto-Protokolls anerkanntes Klimaschutzprojekt, welches Emissionsminderungen in NRW erfasst und fördert. Weitere Informationen zum Thema Klimaneutralität und zu Kompensation finden Sie unter www.energieagentur.nrw.de/klimaschutz

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fachliche Betreuung und Redaktion:

Referat VIII A 2 „Nachhaltigkeitsstrategien“
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Tagungsdokumentation und Redaktion:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation
Jessica Buschmann
Carola Dietz
Ann-Cathrin Loose
Silja Mannitz
Heike Reinhold

Gestaltung:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation
Gesa Braster
Carsten Cimander

Bildnachweis:

Bildnachweis:
Titel: © laflor – istockphoto.com

Stand:

Dezember 2015

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat VIIIA2 – Nachhaltigkeitstrategien
Schwannstraße 3, 40190 Düsseldorf
www.umwelt.nrw.de

